

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. -- Postzeitungsliste Nr. 3167

Das Mainzer Verbands-Programm (XV. Kommunalpolitik). — Die Taktik der modernen Unternehmerorganisationen und die Gewerkschaften. — Die Gaswerke und die preussische Fabrikinvestition. — Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter in Leipzig. II. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Hannovers. — Aus den englischen Gasanstalten von Groß-Berlin. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Verbandssteil. — Anzeigen.

Das Mainzer Verbands-Programm. XV. Kommunalpolitik.

Dieser Punkt unseres Programms ist eigentlich nur noch die letzte Konsequenz unserer aufgestellten Forderungen. Wir wenden uns damit nicht mehr an die Stadtverwaltungen, sondern ausschließlich an die städtischen Arbeiter. In der Tat ist als Schlüsselstein des Ganzen eine präzise Stellungnahme unsererseits zur Kommunalpolitik unbedingt erforderlich. Erst dadurch können wir unseren Forderungen den nötigen Nachdruck geben, daß wir hierin taktisch richtig verfahren und uns um die kommunalpolitischen Dinge kümmern.

Das ist bisher leider nicht genügend geschehen. Allzu oft hat ein großer Teil der Kollegenschaft bei den Wahlen abseits gestanden und tatelos den Stämpfen der verschiedenen Parteien zugesehen.

Wohlgemerkt, unsere Organisation an sich kommt bei diesen kommunalpolitischen Aktionen weniger in Frage, als vielmehr die Initiative der einzelnen Mitglieder. Es soll auch nicht geleugnet werden, daß wir in manchen Gemeinden, namentlich unter den führenden Kollegen, eifrige Befürworter der kommunalpolitischen Betätigung haben, ja, daß vereinzelt bereits Vertreter aus unseren Reihen in den Stadtparlamenten sitzen. Aber im allgemeinen wird den Vorgängen auf kommunalpolitischem Gebiet, namentlich soweit Wahlen in Frage kommen, doch noch nicht die rechte Bedeutung zugemessen. Wir werden das Interesse hieran bei den Kollegen noch erheblich steigern müssen, wenn unser Einfluß sich auf diesem Gebiete mehren soll.

Nicht selten sind die Kollegen mit der Tätigkeit dieses oder jenes Gemeindevertreters unzufrieden. Da entsteht die Frage, ob sie vor und während der Wahl dem auch alles getan haben, um für ihren Teil dazu beizutragen, daß der rechte Mann gewählt werde. Das Kametieren hinterher tut oftmals recht eigentümlich an. Besonders bei Kollegen, die sich um politische Dinge ganz und gar nicht kümmern und die wohl schließlich noch glauben, zur politischen Neutralität (lies: Indifferenz) nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet zu sein. Mit Verlaub, so liegen die Dinge denn doch nicht. Unsere Organisation schreibt dem einzelnen Mitglieder weder in relationaler noch in politischer Beziehung strikte Direktiven vor. Sie überläßt es vielmehr den einzelnen Mitgliedern sich religiös oder politisch nach dieser oder jener Richtung hin zu betonen. Daran vermögen auch die Verdrehungsversuche der „Christlichen“ nichts zu ändern. Deswegen sind wir aber noch lange nicht der Meinung, daß nun die einzelnen Mitglieder politisch indifferent sein

sollen. Wir halten vielmehr die Stellungnahme unserer Mitglieder in politischen und besonders kommunalpolitischen Angelegenheiten für dringend geboten. Ja, es ergibt sich bei genauer Betrachtung der Sachlage für unsere Organisation die eigenartige Situation, daß wir gar nicht anders können, als Stellung zu nehmen zu den kommunalpolitischen Fragen, weil sie häufig unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw. betreffen, kurz und gut, weil man über uns im Stadtparlament berät und beschließt.

So wird es ein dringendes Erfordernis für alle unsere Mitglieder sein, sich um die kommunalpolitischen Dinge zu kümmern und als Wahlberechtigte nur solche Kandidaten zu unterstützen, die rückhaltlos für unser Programm eintreten und die Gewähr bieten, daß sie ihre diesbezüglichen Versprechungen halten. Das letztere ist ganz besonders zu beachten, denn die Zahl derer, die vor der Wahl das Blaue vom Himmel herunter versprechen, um nach der Wahl wenig oder gar nichts zu halten, ist nicht gering!

Wir für unseren Teil möchten mit unserer persönlichen Meinung nicht zurückhalten und bei dieser Gelegenheit feststellen, daß als rückhaltlose Vertretung unserer Interessen und unseres Programms in allen Gemeinden nur die Sozialdemokratie in Frage kommt. Alle Kollegen, die aufmerksam und ohne Voreingenommenheit den Gang der kommunalpolitischen Ereignisse in Deutschland verfolgen, werden zugedenken müssen, daß sich keine einzige der bürgerlichen Parteien — besonders nicht die Liberalen und das Zentrum — unserer Sache mit Entschiedenheit annehmen. Gerade die beiden vorbezeichneten Parteigruppen haben in zahlreichen größeren und kleineren Städten das Heft in Händen. Sie sind gewissermaßen unsere Arbeitgeber und haben in fast allen Fällen in dieser Eigenschaft schwere Verstöße gegen unser Programm auf dem Werbbolz. Wer will es also dem städtischen Arbeiter verargen, wenn er an der Hand seiner Erfahrungen zu dem Resultat kommt, daß eine konsequente unweidentliche Vertretung seiner Interessen nur durch die Sozialdemokratie gewährleistet wird.

An der Hand der Vorgänge in den Kommunen dürfte es jedem städtischen Arbeiter ein leichtes sein, das obige Urteil nachzuprüfen. Er wird bei sorgfamer Betrachtung wohl zu dem gleichen Schluß gedrängt werden. In Konsequenz dessen muß nun aber auch jeder Kollege sich nicht mit der bloßen Zuhilfenahme Genüge sein lassen, sondern er muß nach Kräften aktiv bei Wahlen usw. eingreifen. Tement-sprechend hat jeder städtische Arbeiter danach zu trachten, das Gemeindegewaltrecht zu erlangen und auszuüben. Nicht selten wird das mit materiellen Opfern (Bürgerrechtsgeld usw.) verknüpft sein. Aber wir dürfen diese Opfer nicht scheuen, wollen wir nicht einen wesentlichen Faktor unserer Aktion aus der Hand geben. Während Unternehmerorganisationen, Handelskammern usw. verbinden, auf die Gemeinden einzuwirken, mit u. E. oftmals völlig ungebörigen Mitteln, wollen wir den legalen Weg beschreiten, um uns Gehör zu verschaffen, indem wir Arbeitervertreter ins Stadtparlament schicken, die sich mit Eifer und Geschick unserer Sache annehmen.

Vielleicht wird der eine oder andere Kollege sagen, auch der Eifer mancher sozialdemokratischen Gemeindevorsteher für unsere Sache lasse noch vieles zu wünschen übrig. Es fragt sich nur, ob nicht die Hauptbild in solchen Fällen auf Seiten unserer Kollegen liegt, die es unterlassen haben, den Betroffenen mit genügend Material rechtzeitig zu versorgen und ob die Kollegen auch politisch überall ihre Pflichten erfüllen, wie das notwendig ist. Wollen wir politischen Einfluß erlangen, so müssen wir uns auch politisch betätigen, das ist eigentlich so selbstverständlich, daß man es nicht erst zu betonen braucht. Fordern wir also zunächst einmal unseren eigenen Fehlern und Nachlässigkeiten nach, so wird uns manches, was uns ein Fehler anderer dünkt, in anderem Lichte erscheinen. Jedenfalls muß unsere Losung lauten: Fort mit der politischen Abstinenz.

In mancher Weise könnten wir uns an der Haltung vieler Kommunalbeamten der verschiedenen Grade ein Beispiel nehmen. Sie wirken oftmals planmäßig bei Kommunalwahlen auf die Beachtung ihrer Interessen durch den jeweiligen Kandidaten hin. Sie nehmen regen Anteil an der politischen Kleinarbeit in Bezirks- und anderen Vereinen und bekleiden dort nicht selten hervorragende Ämter. Haben wir einmal erkannt, daß unsere Vertretung im Stadtparlament nur zwecklos von den Sozialdemokraten ausgeübt wird, so wird schon um unserer selbst willen eine rege Mitarbeit in den politischen Wahlvereinen unsere Aufgabe sein, ganz abgesehen von den zahlreichen kulturellen und sonstigen Gründen, die den Arbeiter wie eigentlich auch jeden Sozialpolitiker an die Seite der Sozialdemokratie stellen müßten.

So glauben wir mit zwingender Logik allen Kollegen den Weg gewiesen zu haben, der die Durchführung unserer Programmforderungen in vielen Fällen erheblich beschleunigen kann. Sorgen wir nun durch die Tat, daß unsere Erkenntnis nicht nur toter Buchstabe bleibe, sondern daß wir die Früchte pflücken können, die in der konsequenten Anwendung dieser Erkenntnis uns erwachsen. Jeder städtische Arbeiter, der es wirklich ernst meint mit unseren Bestrebungen, prüfe sich sorgfältig, ob er auch in dieser Beziehung stets seine Pflicht getan hat. So mancher wird bei dieser Prüfung zu der Ueberzeugung kommen, daß er nicht alles tat, was wünschenswert ist. Aber es ist nicht zu spät für eine Wandlung zum Besseren. Nehmen wir auch hier einen ermutigenden Anlauf. Dadurch werden unsere Programmforderungen in ihrer Durchführung erheblich beschleunigt.

Wir sind am Schluß unserer Betrachtungen. Wohl wäre noch manches zu ergänzen, aber in den Grundzügen glauben wir unseren Weg klar gezeichnet zu haben. Alles hängt nun von der Initiative, der Energie und der Geschlossenheit der gesamten Kollegenschaft ab. In dem Maße, wie die Ausbreitung unserer Organisation sich entwickelt, wird auch die mehr oder minder schnelle Durchführung unserer Forderungen möglich sein. Auf der anderen Seite ist es gleich zeitig notwendig, fortgesetzt unsere organisierten Kollegen über die Grundzüge unseres Programms ausgiebig aufzuklären. Noch haben wir eine überaus starke Fluktuation in unseren Reihen; daher müssen wir wohl oder übel auf absehbare Zeit damit rechnen, daß immer erneut diese Fragen behandelt werden. Erfreulicherweise mehren sich die Anzeichen, daß vielerorts einzelne Programmforderungen, die früher recht stiefmütterlich behandelt wurden, mit erhöhtem Interesse in Angriff genommen werden. Nehren wir auf diesem Wege weiter fort. Zunächst gilt es, alle Kollegen anzuregen zu machen, sich für die einzelnen Fragen zu interessieren; sich ein selbständiges hieb- und stichfestes Urteil darüber zu bilden; dann werden wir auf dieser einmal gewonnenen Basis weiter bauen können. Es gilt, alle Mienen springen zu lassen: Arbeiterausschuß, Stadtverordnete, öffentliche Meinung, Presse; all diese Faktoren müssen zur Durchführung unseres Programms in Bewegung gesetzt werden.

Als Quell unsere Bestrebungen, von dem aus die obigen Institute und weitere mit Material usw. versorgt werden, gilt natürlich nach wie vor unsere Organisation. Sie hat in dem einen Jahrzehnt ihres Bestehens unendlich viel getan um die Hebung der Lage aller städti-

chen Arbeiter. Aber viel mehr bleibt noch zu tun übrig. Setze nun jeder Kollege, jede Kollegin zu ihrem Teil, daß auch fernerhin unsere Bestrebungen gebührende Berücksichtigung finden. Die Bahn ist frei auf der ganzen Linie.

Fast schien es vor ein paar Jahren, als solle von Seiten anderer Organisationen ein brudermörderischer Kampf gegen unsere Organisation geführt werden. Wenn nicht alles täuscht, sind wir auf dem besten Wege, mit allen Gewerkschaftsgenossen für alle Zeit in Frieden und Freundschaft zu leben. Was die „Gewerkschaft“ und unsere Organisationsleitung dazu tun können, wird sicher gelingen. Das ist auch so ein Stück inneren Verbandedprogramms. Nachdem sich der Gedanke der Industrieverbände immer weniger von der Hand weisen läßt, nachdem uns die Arbeitgeber in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangehen, wird auch wohl uns die volle Anerkennung der Zweckmäßigkeit unserer Organisation werden, die ja im gewissen Sinne ein Verband der städtischen Industrien ist. Voraussetzung zu all diesem ist natürlich die strikteste Anerkennung einer gegenseitigen Solidarität, die auch vor persönlichen und materiellen Opfern nicht zurückschert. Wir glauben in dieser Beziehung unsere Pflicht nicht bloß in Worten, sondern auch in Taten bewiesen zu haben. Schreiben wir auf diesem Wege rüstig weiter, indem wir die Opferwilligkeit aller unserer Mitglieder, das Interesse an den allgemeinen Gewerkschaftsfragen mannschaft zu heben finden und indem wir uns leiten lassen von dem Grundgedanken K. Marx', der doch in der Gewerkschaftsbewegung besonders zum Ausdruck kommt:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“

Die Taktik der modernen Unternehmerorganisationen und die Gewerkschaften.

Dem soeben erschienenen Jahrbuch der „Sozialistischen Monatshefte“ entnehmen wir den nachstehenden, überaus instruktiven Artikel von E. Reinhardt:

Alles sieht, es gibt nichts Meibendes; dieser Satz könnte auch auf die Taktik der modernen Unternehmerbewegung im Massenkampf Anwendung finden. Denn in den letzten Jahren ist die Manifestation der Unternehmerrüstung Wandel unterworfen geworden. Wir haben die Unternehmerrüstung weichen und groß werden sehen, haben beobachtet können, wie unheimlichen Einfluß sie auf die Gesetzgebung und die Volkswirtschaft auszuüben verstand. Wir haben die organisierten Unternehmer einen jahrelangen Vernehmlichungskampf gegen die Gewerkschaften führen; wir lernten immer neue Kampfmethoden der Unternehmer im Massenkampf kennen, die nur immer wieder auf eine Niederhaltung der Arbeiterkraft gerichtet waren. Es ist nicht ohne Interesse, kurz auf diese tatsächlichen Wandlungen einzugehen, was allerdings nicht möglich ist ohne ein Eingehen auf die Gewerkschaftsbewegung des letzten Jahrzehntes. Dem letzten Endes handelte das organisierte Unternehmertum im wirtschaftlichen Kampfe wohl immer unter dem Einfluß der Gewerkschaften, und auch ihre Kampfartlichte sich mehr oder weniger nach der Kampfartlichte der Gewerkschaften. So, wie diese sich verändert hat, hat jene sich verändert. Natürlich war die Folge eine rückwärtende; durch die Veränderung der Taktik der Unternehmer ergab sich schon von selbst wieder eine Veränderung der Taktik der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Noch bis vor 1½ Jahrzehnten waren große Nachtkämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern verhältnismäßig selten. Wir hatten wohl im Jahre 1868 eine allgemeine Zigarrenarbeiteraus-sperrung in Berlin, im Jahre 1872 eine allgemeine Aus-sperrung der deutlichen Buchdrucker an 70 Orten mit einer Aus-sperrungsziffer von rund 2000, schließlich im Jahre 1883 eine allgemeine Aus-sperrung der Schreiner in Stuttgart. Diese Nachtkämpfe traten aber durchaus sporadisch auf, und, was das Besondere ist, sie richteten sich gegen verhältnismäßig starke Arbeiterorganisa-tionen, also gegen ein; damals schon den Unternehmern drohende Gewerkschaftsgefahr. Im übrigen konnte aber von einem Nachtkampf zwischen Arbeit und Kapital keine Rede sein. Dazu fehlten die notwendigen Voraussetzungen: starke Arbeiter- und Unter-nehmerorganisationen. Die Arbeiter verfügten ja nur über schwache Organisationen, wenn solche überhaupt vorhanden waren, sie hatten keine Kampfeserfahrung, keine Disziplin und nur wenig Widerstandskraft. Von einer systematischen Ausübung der Widerstands-taktik, einer systematischen Fortwärtedrängung der Arbeiter-klasse konnte deshalb auch keine Rede sein. Streiks waren selten, und wo sie in die Erscheinung traten, so zumeist in Form wilder Streiks. Aber auch die Unternehmer waren nur schlecht oder gar nicht organisiert. Wenn es hoch kam, brachten sie es zum Zu-sammenfluß in einer Innung oder einem Gewerbeverein. So gelang es selbst den schlecht organisierten Arbeitern, die wenigstens

noch über eine nach modernen Grundföhen geleitete Organisation verfügten, oft genug, diesen Unternehmern durch Ueberrumpelung, und sei es auch durch wilde Streiks, wirtschaftliche Erfolge abzuringen. Aber auch diese Erfolge, so gering sie waren, ließen sich mangels einer guten Gewerkschaft nur selten dauernd festhalten.

Das Bild änderte sich, je mehr die Gewerkschaften erstarbten und je mehr sie die Führung der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf an sich rissen und diesen Kampf beherrschten. Je größer die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wurde, um so größer wurden die Erfolge der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete. Diese Erfolge übten aber wieder ihren günstigen Einfluß auf die Gestaltung der Gewerkschaften aus: die Arbeiter lernten an diesen Erfolgen den großen Wert der Organisation kennen, sie traten in größerer Zahl den Gewerkschaften bei und hielten besser an ihrer Organisation fest. Diese größere Stabilität der Mitgliederziffer hatte auch ihre gute Seite darin, daß sie größere organisatorische Kräfte, die sonst der Gewinnung und Wiedergewinnung von Mitgliedern sich widmeten, frei werden ließ, die sich jetzt mit dem besseren Aufbau der Organisation beschäftigen konnten; daß ferner die Mitglieder selber durch ihre längere Mitgliedschaft besser diszipliniert, von dem Geist der Organisation besser durchdrungen wurden. Die Arbeiter lernten in den wirtschaftlichen Kämpfen den Kampf selbst kennen; sie sammelten Kampferfahrungen, die sich bei künftigen Kämpfen mit Vorteil verwenden ließen. Sie kamen zu der Ueberzeugung, daß eine erfolgreiche Streikbewegung sich in der Folge nur mit größeren Geldmitteln durchführen lasse, und nahmen beträchtliche Beitragserhöhungen vor.

Im Jahre 1891 hatten noch von 36 Gewerkschaften 14 einen Beitrag unter 15, 29 unter 20 Pf.; insgesamt verfügten sie über eine Einnahme von 1 116 588 Mk., eine Ausgabe von 1 606 534 Mk. und ein Vermögen von 125 815 Mk. Natürlich konnte mit solchen Mitteln nur eine beschränkte Streikbewegung durchgeführt werden. In den Jahren 1890 und 1891 (für 1891 allein liegen die Zahlen nicht vor) sind denn auch nur 226 Streiks geführt worden, mit 38 536 beteiligten Arbeitern, von denen nur 29,7 Proz. erfolgreich, 30,1 Proz. teilweise erfolgreich und 21,3 Proz. erfolglos verliefen. Die Streikziffer der Jahre 1892 bis 1895 waren noch erheblich niedriger, und die Streikerfolge waren teilweise noch ungünstiger als 1890/1891. Erheblich günstiger sind schon die Ziffern des Jahres 1896, was zum guten Teil in der in diesem Jahre mit Macht einsetzenden günstigeren Geschäftslage begründet, zum größeren Teil aber auf die gegen die früheren Jahre — günstigere Beschaffenheit der Gewerkschaften zurückzuführen ist. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften war von 223 530 im Jahre 1891 schon wieder auf 329 230 gesteigert worden, auch finanziell waren die Organisationen mehr erstarbt. Hatten doch von 44 Gewerkschaften nur noch 10 Beiträge unter 15, 23 unter 20 Pf., hatten die Gewerkschaften doch schon eine Einnahme von 3 616 144 Mk., eine Ausgabe von 3 223 713 Mk. und verfügten sie doch schon über ein Vermögen von 2 223 674 Mk. Diese größere Leistungsfähigkeit kommt in der gegen die Vorjahre gewaltig gestiegenen Streikbewegung und ihren Erfolgen zum Ausdruck.

Diese günstige Streikbewegung ging in den folgenden Jahren nur wenig zurück, und sie erreicht wieder ihren Höhepunkt im Jahre 1900, wo von 55 Gewerkschaften nur mehr 6 einen Wochenbeitrag von unter 15, 16 von unter 20 Pf. hatten, und wo demgemäß eine Gesamteinnahme von 9 154 075 Mk., eine Gesamtausgabe von 8 088 021 Mk. zu verzeichnen war und das Vermögen aller Organisationen sich schon auf 7 745 002 Mk. belief. Die Gewerkschaften konnten schon wieder 115 711 Mitglieder in Streiks führen und für Streiks 2 936 030 Mk. verausgaben. Die Streiks selbst sind sehr erfolgreich. Die beiden folgenden Jahre bringen eine rückläufige Streikbewegung. Eine schwere wirtschaftliche Krise hemmt die Aktionskraft der Gewerkschaften. Immerhin werden auch da noch verhältnismäßig große Aufwendungen für Streiks gemacht. Kaum hat sich die wirtschaftliche Lage etwas gebessert, setzt die Gewerkschaftsbewegung schon wieder mit voller Macht ein, und in geradezu beispiellos hoher wirtschaftlicher Kampf hebt an, der im Jahre 1905

seinen Höhepunkt erreicht haben dürfte. Die Gewerkschaften, von denen nur noch eine einen Wochenbeitrag von unter 20 Pf., keine einen solchen von unter 15 Pf. erhob, und die eine Mitgliederzahl von 1 314 803, eine Jahreseinnahme von 27 812 257 Mk., eine Jahresausgabe von 25 021 234 Mk. und ein Vermögen von 19 635 850 Mk. erlangt hatten, konnten in diesem einen Jahr allein 507 064 Mitglieder in Streiks führen und 10 933 721 Mk. für diese Streiks — von denen 53,6 Proz. erfolgreich, 20,5 Proz. teilweise erfolgreich und nur 21 Proz. erfolglos waren — verausgaben.

Diese Zahlen reden von einer selten günstigen Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland. Ist diese so nach innen und außen reich gewachsen, ist sie leistungsfähiger, kampftüchtiger und erfolgreicher geworden, so hat sich in dieser Zeit auch der Charakter der wirtschaftlichen Kämpfe erheblich geändert. Trat bei der Arbeiterschaft an Stelle der Unaktivität, des Indifferenzismus oder der Regellosigkeit des Kampfes eine systematische, mit wohldisziplinierten, kampferprobten und gut unterrichteten Gewerkschaftsmassen geführte Angriffsbewegung, die desto kräftiger einsetzte und erfolgreicher war, je mehr die Gewerkschaften sowohl an Zahl ihrer Mitglieder, wie in ihren Massenverhältnissen erstarbten, so machten sich auch bei den Unternehmern bedeutsame Veränderungen bemerkbar.

Auch die Unternehmer lernten in dem ihnen von der organisierten Arbeiterschaft aufgedrungenen Kampfe den Kampf und den Wert einer guten Organisation kennen. Sie erkannten das Anzuerkennende ihrer bisherigen Organisationen, der Innungen und Gewerbevereine, im modernen Klassenkampf und gründeten deshalb allenthalben und für alle Berufe neue, bessere Organisationen, deren ausschließlicher Zweck der Schutz gegen ungerechtfertigte Forderungen und Angriffe der Arbeiter, die Streikabwehr war. Die Arbeitgeberschutzverbände und Streikabwehrorganisationen der Unternehmer sind im letzten Jahrzehnt wie Pilze aus dem Boden geschossen. Ihre Entwicklung wurde durch die sich mit jedem Jahre steigende Arbeiterbewegung und nicht zuletzt auch durch die wirtschaftliche Entwicklung, die auf Konzentration drängt, sehr gefördert. Neben der starken Gewerkschaftsbewegung entstand eine starke Unternehmerbewegung. Diese beeinflusste in den letzten Jahren in immer stärkerer Maße den Klassenkampf. Zunächst sich auf die Streikabwehr beschränkend, gingen die organisierten Unternehmer bald zum Angriff gegen die in starken Gewerkschaften vereinigten Arbeiter über. Die Unternehmer hatten gut genug begriffen, daß die Offensive naturgemäß eine bessere Kampfsituation bietet — da man sich ein günstiges Kampffeld und eine günstige Kampfzeit wählen kann —, als die Defensiv, wo Zeit und Art des Kampfes vom Gegner gewählt wird, natürlich nach seinem Vorteil, zum Schaden des Angegriffenen. So wurde die Unternehmerbewegung in den letzten Jahren immer mehr aus einer Abwehrbewegung eine Angriffsbewegung. Seit dem Jahre 1899 hat das wirtschaftliche Kampffeld unter dem Einfluß der Unternehmerbewegung sich sehr verschoben. Noch in dem Jahrzehnt 1890 bis 1899 sind die Abwehrkämpfe im Vergleich zu den Angriffstreiks noch verhältnismäßig gering. Von insgesamt 3772 Wirtschaftskämpfen waren 1730 Abwehrkämpfe und Ausperrungen, an denen 93 155 Personen beteiligt waren bei einer Gesamtziffer von 125 112 (das Verhältnis ist 1 zu 4,5). Und zur Unterstützung der Abwehrkämpfe bedurfte es einer Summe von 3 016 317 Mk., bei einer Gesamtausgabe für Streiks von 11 402 758 Mk. (das Verhältnis ist 1 zu 3,7). Das Bild ändert sich bedeutend in den folgenden sechs Jahren. Von den in dieser Zeit geführten 7670 Wirtschaftskämpfen waren 3826 Abwehrkämpfe, an denen 371 826 Personen beteiligt waren, bei einer Gesamtziffer der Streikenden von 985 180 (das Verhältnis ist 1 zu 2,6), verausgabt wurden zur Abwehr 13 138 910 Mk. bei einer Gesamtausgabe für Streiks und Ausperrungen von 29 265 141 Mk. (das Verhältnis ist 1 zu 2,1). Fast die gleichen Verhältniszahlen, wie das Jahrzehnt 1900 bis 1905, ergibt das Jahr 1905, für sich betrachtet: die Zahl

¹⁾ Ueber den jetzigen Stand der Unternehmerbewegung informiert am besten August Müller „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“ (Magdeburg 1906).

²⁾ Wir geben nachstehend die Zahlen über die Abwehrkämpfe und Ausperrungen für den Zeitraum von 1900 bis 1905 und die Gesamtzahlen für das vorangehende Jahrzehnt.

¹⁾ Wir geben das am besten aus der Gewerkschaftsstatistik, deren wichtigste Zahlen für das Jahrzehnt 1896 bis 1905 nur nachstehend wiedergeben:

Jahr	Mitgliederzahl Ende	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt	Vermögensbestand	Einnahme	Ausgabe	Resultat dieser Streiks					
						Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgtlos	Unbestimmt	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich
1896	211 290	212 167	184 188 806	1 042 960	212 122 106	41	800	26,1	21,9		
1897	212 239	216 112	1 611 119	1 277 596	272 146 154	8	471	26,1	26,8		
1898	203 713	1 711 311	1 600 165	1 145 591	173 165 180	16	541	21,7	21,1		
1899	200 174	1 577 541	1 600 729	1 027 119	591 208 211	11	531	21,0	22,8		
1900	329 230	1 775 899	2 206 030	1 075 115 217	21 411	26,1	25,5				
1901	327 510	1 808 133	1 832 222	1 145 888	207 171 217	41	468	26,6	24,6		
1902	313 286	1 603 129	1 821 213	1 217 204	341 154 286	29	438	19,5	16,9		
1903	307 288	1 247 278	1 917 113 201	1 000 884	624 117 189	26	344	20,1	22,1		
1904	311 622 108	1 100 000	1 150 000	1 150 000	554 117 189	22	337	20,1	22,1		
1905	311 810 800	1 045 650	1 100 000	1 045 650	519 114 477	43	336	20,5	21,0		

Jahr	Abwehrkämpfe u. Ausperrungen			Resultat							
	Anzahl	in %	Anzahl der Beteiligten	Gesamtausgabe	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgtlos	Unbestimmt	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgtlos
1890-1899	17 401	46,4	93 155	1 016 317	711	272	546	67	41,3	13,5	33,9
1900	138	39,7	26 925	975 841	134	51	130	6	41,4	16,2	36,1
1901	136	40,0	27 561	1 132 418	154	79	153	24	39,2	16,2	36,1
1902	122	36,4	21 054	1 084 061	211	86	208	16	41,3	17,2	39,5
1903	109	33,0	17 800	2 541 286	112	86	211	22	50,4	12,6	31,1
1904	739	33,5	54 530	2 129 625	93	104	210	27	54,0	13,2	30,7
1905	1 062	37,7	124 726	5 065 099	197	227	370	41	48,5	22,2	30,3
Summa	15 560	48,5	107 981	16 455 227	2 401	906	1 757	183	46,2	17,1	36,8

der an Abwehrkämpfen beteiligten Personen stand zu der Gesamtziffer der Streikenden im Verhältnis von 1 zu 2,8, die Ausgaben für Abwehrkämpfe standen zu den Gesamtausgaben für Streiks im Verhältnis von 1 zu 2,1. Dabei stand das Jahr 1905 im Zeichen der Hochkonjunktur, während in den Jahren 1901 bis 1903 eine Wirtschaftskrise herrschte, die eine höhere Ziffer der Abwehrkämpfe schon eher erklärlich macht.

Wir sehen, wie sehr die wirtschaftlichen Kämpfe sich verschärft haben. Deutlicher noch zeigt uns ein Vergleich der Kämpfe im Jahreschnitt 1900 bis 1905 mit den Kämpfen im Jahreschnitt 1890 bis 1895, wie die Gewerkschaften in den letzten Jahren mehr und mehr in die Abwehr gedrängt worden sind. Allerdings kommt die Angriffskraft der Gewerkschaften in der Streitfähigkeit nicht zum vollen Ausdruck. Denn die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren, und zwar von Jahr zu Jahr immer mehr, ihre Haupterfolge durch sogenannte friedliche Lohnbewegungen erzielt. Auch waren sie in der Lage, trotz der erheblich gesteigerten Abwehrbewegung, die Abwehr kräftiger und erfolgreicher führen zu können, als zu irgend einer früheren Zeit. Und nicht zuletzt ihre mannhaftige Abwehr der zahlreichen und großen Schanzmachergänge wertlich den Gewerkschaften auch eine größere Erfolgshäufigkeit im Angriff. Das ändert aber nicht an der Tatsache, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft von den organisierten Unternehmern von Jahr zu Jahr mehr in die Defensive gedrängt worden ist, daß ihre ganze Tatkraft und nicht zuletzt das Massenweiden der Gewerkschaften durch die sich steigende Abwehrbewegung stark beeinträchtigt worden sind.

Uns interessiert hier in erster Linie die rein faktische Seite der Sache, und da ist es bemerkenswert, wie ganz anders die Unternehmer jetzt den Kampf gegen die Gewerkschaften führen gegen früher, wo es starke Unternehmerorganisationen nicht gab, und wo die Unternehmer oft genug der Organisation überhaupt ermangelten. In jener organisationslosen Zeit beschränkten sich die Unternehmer zumeist darauf, einen von der Arbeiterkraft ihnen aufgedrungenen Kampf durch Heranziehung von Arbeitswilligen oder durch Verrichtung von Streikarbeit an nicht beteiligten Orten zeitlich auszuweichen, die Streikenden so müde zu machen, was bei der geringen Ausdehnung der Organisation und der geringen gewerkschaftlichen Aufklärung in den Arbeitermassen auch nicht gar zu schwer war. Diese Art Streikabwehr verfiel nicht mehr, als die Gewerkschaften größeren Umfang angenommen hatten. Jetzt organisierten die Unternehmer eine Streikabwehr großen Stils. Es wurden allenthalben Arbeitsnachweise gegründet, die eine systematische Streikabwehrvermittlung ermöglichten. Weiter wurde durch Einführung der Streikämter in die Lieferungsverträge wie durch die Festschreibung von Konventionalstrafen für Angehörige der Unternehmerorganisationen die Widerstandschaft der Unternehmer zur Streikabwehr zu heben versucht. Als auch diese Art der Abwehr gegen die wachsende Gewerkschaftsbewegung nicht mehr auskam, versuchte man es mit einer Ausdehnung der Kämpfe mittels Ausföhrungen, um so die Arbeiterorganisationen finanziell zu erschöpfen und ihnen eine erfolgreiche Angriffsbewegung auf die Dauer unmöglich zu machen.

(Schluß folgt.)

Die Gaswerke und die preußische Fabrikinspektion.

In den Jahresberichten der preussischen Regierungs- und Gewerbeämter für das Jahr 1906 werden die Verhältnisse der Gasanstalten an verschiedenen Stellen behandelt. Die Einführung der Achtstundenschicht und der dadurch ermöglichte Fortfall der 24 stündigen Wechsel- schicht für die Fenarbeiter der Breslauer Gasanstalten wird von dem Gewerberat für den Regierungsbezirk Breslau mit Befriedigung festgehalten. Aus dem Regierungsbezirk Arnberg wird gemeldet, daß die Fenarbeiter einer größeren Gasanstalt darüber klagten, daß sie durch die 24-stündigen Wechselarbeiten zu stark angestrengt würden. Der zuständige Gewerbeinspektor veranlaßte die Verwaltung zur Einstellung einer Ausschiffschicht, die aus Hofarbeitern zusammengestellt wurde und Sonntags eine 12-stündige Schicht am Fein zur Herbeiführung des Schichtwechsels leistete. Die Kosten die durch die Ausschiffschicht entfielen, wurden anfangs zur Hälfte von der Gasanstalt und zur Hälfte von den Fenarbeitern getragen. Die Verträge des Gewerbeinspektors, diese Regelung auch in anderen Gasanstalten einzuführen, soll daran gescheitert sein, daß in kleineren Gasanstalten die nötigen Leute zur Bildung der Ausschiffschicht fehlen. Es ist merkwürdig, daß der Regierungsrat für Arnberg nicht die Frage erörtert hat, ob die Arbeiter in der Ausschiffschicht die Arbeit freiwillig leisten, und ob sie nicht zu einer übermäßig langen Arbeitszeit genötigt werden. Er selbst scheint wohl das Gefühl gehabt zu haben, daß die Einführung der Achtstundenschicht eine viel vernünftiger Methode wäre, um die überlangen Arbeitszeiten beim Wechsel der Schichten aus der Welt zu schaffen. Er schreibt, daß zur Einteilung der Arbeiter in drei Vorgesetzten mit je achtstündigen Arbeitsschichten die Gasanstalter sich nicht verheben wollen. Aus Groß-Berlin und aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf wird über die Einführung oder über die geplante Einführung der Achtstundenschicht berichtet.

Ueber die Sonntagsarbeit, beziehentlich über die Bemühungen, auch den Gasarbeitern etwas Sonntagsruhe zu verschaffen, findet sich in den Berichten fast gar nichts, es wird lediglich hervorgehoben, daß

man in den städtischen Gaswerken Berlins bemüht ist, den gesetzlichen Anordnungen zu entsprechen. Aus dem Regierungsbezirk Schleswig wird gemeldet, daß ein städtisches Gaswerk Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes bewilligt habe. Ueber 17 Gasanstalten des Regierungsbezirks Köln wird gemeldet, daß in neun derselben eine Mündigung ausgeschlossen ist, in sieben eine Mündigungsfrist von 14 Tagen, in einer von weniger als 14 Tagen besteht. Nach den Berechnungen des Gewerbeinspektors in Essen betragen die Lohnsteigerungen in einer Gasanstalt 60%, wobei freilich zu bemerken ist, daß in den meisten anderen Industrien, die dort angeführt sind, stärkere Lohnsteigerungen sich ergeben haben. In einem kommunalen Gas- und Wasserwerk des Regierungsbezirks Düsseldorf wurde an Stelle der 12-stündigen Schicht die achtstündige Schicht eingeführt, und der bisherige Lohn nicht nur beibehalten, sondern sogar noch erhöht, so daß sich der Stundenlohn um über 50% gehoben hat.

Ueber Unfälle, die leider sehr häufig sind, findet sich in den Berichten der Gewerbeinspektion hinsichtlich der Gasanstalten nur außerordentlich wenig Material. Aus dem Regierungsbezirk Potsdam wird berichtet, daß in kleineren Gasanstalten zur Verhütung des Einfrierens der Wasserzuleitungen an den Gasometern an Stelle von Dampfheißern meist Zirkulationsheißer verwendet werden. Durch die Explosion eines solchen Heißers wurde ein Arbeiter schwer verletzt. Der Heißer war, wie es allgemein üblich ist, nach Eintritt des Frostes angeheizt worden, dabei war nicht bemerkt, daß die Zirkulationsrohre bereits eingefroren waren. Dabei entstand im Heißer ein erheblicher Heberdruck, der ihn zur Explosion brachte. Das Heißerhaus wurde zerstört, und der Arbeiter mit den Trümmern überschüttet. Erkundigungen in zwei benachbarten Gasanstalten ergaben, daß in beiden schon eine Explosion der Heißer aus der gleichen Ursache stattgefunden hatte, bei der aber nur Materialschaden entstanden war. Die Ausrüstung der Heißer mit offenen U-förmigen Hebern und Quecksilberverchlüssen wurde in die Wege geleitet. Für Groß-Berlin wird mitgeteilt, daß Arbeiter mehrfach durch Einatmen giftiger Gase getötet und schwer geschädigt wurden. Bei dem Brande eines Mohnlagers der städtischen Gasanstalten zog sich ein Arbeiter beim Abkaren von Mohnen durch Einatmen der entstehenden Dampfgase den Tod zu. Beim Abbrechen eines alten Gasbehälters in einer Gasanstalt des Regierungsbezirks Schleswig wurden zur Herbeiführung einer völligen Füllung Löcher in die Decke der Glocke geschlagen. Als die Arbeiter nach einer halbstündigen Pause die Arbeit wieder aufgenommen hatten, erfolgte eine starke Explosion. In der Glocke hatte sich ein explosibles Gasgemenge gebildet, das anscheinend durch einen, beim Reißeln entstandenen Funken entzündet wurde. Der Behälter wurde hochgeschleudert, wobei die Arbeiter abhiirzten, und einer den Tod fand.

Im Maschinenraum einer Gasanstalt wurde eine Explosion durch Verlegen eines Dampfdruckventils eingeleitet. Hochspannter Dampf trat in die kleine Dampfmaschine, mit deren Hilfe das Wassergas aus dem Füllapparat nach dem Teerabscheider gepumpt wurde, so daß Wassergas in den Raum austrat. Der Betriebsassistent wollte in Erkenntnis der Gefahrgabe die ganze Anlage schnell außer Betrieb setzen, und das elektrisch betriebene Luftgebläse für den Generator abstellen, führte indessen beim Hinübergehen des Schaltbells durch Funkenbildung die Explosion gerade herbei. Durch Verlegung des Schaltbrettes und Verhinderung des Wasserabflusses ist einer Wiederholung des Ereignisses vorgebeugt worden.

Die Errichtung einer vierten Gasanstalt durch die Stadt Breslau brachte für den Breslauer Regierungsbezirk zum erstenmale eine im großen Maßstabe ausgeführte Wassergasanlage mit sich. Bei der großen Wichtigkeit des Mohnlagers und der Unmöglichkeit, es mit Hilfe der menschlichen Sinne wahrzunehmen, mußten besondere Vorkehrungen zur Verhütung von Vergiftungsfällen getroffen werden. Einer solchen dient in erster Linie eine neben der Einfüllöffnung des Generators ständig brennende Flamme, welche die bei Unachtsamkeiten des Verschlusses während des Gasmachens austretende Gase zur Entzündung bringt. Dazu trat noch die Forderung reichlicher Ventilationsöffnung und sorgfältiger Heberwachung des Lichtgaseszustandes aller Apparate mit Rohrleitungen. Dem Bedürfnisse nach Wärme- und Wassergelegenheiten wurde, wenn der Gewerberat nicht zu rasig geschickelt, in weitgehender und musterzünftiger Form genügt. Abgesehen davon, daß jedes einzelne Betriebsgebäude seine eigene Wassergelegenheiten, und das Feinhaus einen größeren Anbau erhält, in dem die Was- und Baderäume, Aufenthalts- und Kleiderräume mit einzelnen Kleiderdränken für die Fenarbeiter befinden, ist auch noch für die anderen auf den Speise- und sonstige in der Gasanstalt tätigen Arbeiter ein besonderes Arbeiterfürsorgehaus mit den modernsten der Pflege des Körpers dienenden Einrichtungen geschaffen worden. — Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen wird gemeldet, daß einige kleine Gasanstalten Brausebäder und Wannenbäder angebracht haben. Wo es möglich ist, und sich Gelegenheit dazu bietet, werden von der Gewerbeinspektion derartige Einrichtungen bei Genehmigung von Neu- und Erweiterungsbauten empfohlen und gefordert, und von den Verwaltungsbehörden vorgezeichnet.

Die Zahl der Gasanstalten, in denen der Koks in geschlossenen Mammern gelöst wird, nimmt, wie der Gewerberat für den Regierungsbezirk Eppeln mitteilt, erfreulicherweise zu. Zur Verminderung aller Verunreinigungen, durch die unangenehme Koks- und Wasserdämpfe die Verhältnisse ungemüßlich mit dem Schornstein der Gasanstalt in Verbindung gesetzt.

Ueber die Veruche, alkoholfreie Getränke einzuführen, wird aus dem Regierungsbezirk Potsdam berichtet, daß die Direktion der Gasanstalt in Mariendorf einen beachtenswerten Erfolg hatte, bei ihren Bemühungen, dem Alkohol-Mißbrauch in ihren Betrieben zu steuern. Es wurde die Bestimmung getroffen, daß alle Feuerarbeiter täglich etwa drei Liter Maße erhalten, und gleichzeitig in ihrer Mantine der Preis einer Flasche Bier von 8 auf 9 Pfennig erhöht, und der Preis der alkoholfreien Getränke, zum Beispiel der Selterwassers von 10 auf 8 Pfennig, der Flasche Pilsbrau von 15 auf 10 Pfennig, herabgesetzt. Im Sommerhalbjahr 1905 bei einer Arbeiterzahl von 287 Köpfen wurden 103910 Flaschen Bier und 3510 Flaschen Selterwasser und Pilsbrau aus der Mantine entnommen. Es stellte sich nach Aenderung der Preise der Verbrauch in dem gleichen Zeitabschnitt im Jahre 1906 bei 369 Arbeitern auf 85960 Flaschen Bier, und 20910 Flaschen Selterwasser und Pilsbrau. Der Verbrauch für den Kopf ist daher beim Bier von 362 auf 233 Flaschen gefallen, und bei den alkoholfreien Getränken von 12 auf 27 gestiegen.

Es ist sicherlich nicht erheblich viel und nicht bedeutungsvoll Neues, was wir aus den Berichten der preussischen Gewerbeämter über die Verhältnisse in den Gasanstalten finden. Doch ist es lehrreich, ihre Urteile zusammen zu fassen; sicherlich ist es vorteilhaft, auch die Kollegen von den Gasanstalten zu unterrichten, daß es möglich ist, durch die Gewerbeinspektion die Abheilung von Mißständen zu erreichen, auf die Durchführung der Gesetze zu dringen und durch Vermittelung der amtlichen Verträge die Öffentlichkeit zu informieren über die Verhältnisse in diesen großen städtischen Betrieben mit ihren schweren Gesundheitsgefährdungen, bedeutlichen Unfallgefahren und mannigfachen schweren Mißständen aller sonstigen Art, die nur zum Teil in der Natur des Betriebes liegen, zum Teil aber wohl abgeheilt werden könnten. Selbstverständlich wird es erforderlich sein — wenn die Gasarbeiter sich an die Gewerbeaufsichtsbeamten wenden — alles genau vorher zu prüfen, sich vor Uebertreibungen zu hüten, damit das Ansehen der Arbeiter gesteigert und die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht abgelehrt werden, auf die Mitteilungen der Arbeiter hin rasch und energisch einzugreifen.

Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter in Leipzig.

II.

Die Maurer, Steinmehnen und sonstige Handwerker im Tiefbauamt haben stillschweigend ab 1. April die Wochenteiertage mitbezahlt erhalten, deren wir hierzulande 9 im Jahre aufzuweisen haben. Dagegen wurden die Handarbeiter mit einer 2 Pf.-Zulage pro Stunde bedacht, die Feiertage erhalten sie aber nicht vergütet. Man sollte meinen, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, nicht so scheint aber der Rat zu denken. Die Löhne der Maurer betragen 55 Pf. pro Stunde, die der Steinmehnen 60 Pf. Für Ueberstunden werden ungefähr 20 Proz. Zuschlag gewährt. Teilweise tritt in diesem Ressort das Ueberstundenunwesen in markanter Weise hervor. Dem entgegenzusteuern, muß vor wie nach des Arbeiters erste Pflicht bleiben. In den Fällen notwendiger Nachtarbeit müßte am folgenden Tage unbedingt eine entsprechende Ruhepause eingehalten werden. Die Ueberstundenarbeit im allgemeinen aber auf ein notwendiges Mindestmaß zu beschränken, muß die Aufgabe aller um ihr körperliches Wohlbefinden besorgten Arbeiter sein. Einschränkung der Ueberstunden, entsprechend hohe Löhne bei regulärer Arbeit bleibt oberstes Prinzip der Organisationsarbeit. An der Verbesserungsbefähigung obiger Löhne kann daher kein Zweifel obwalten, da sie um 15-20 Proz. nachhinken gegenüber denjenigen in der Privatindustrie.

Die Handarbeiter, oben schon genannt, treten an mit 38 Pf. pro Stunde, nach 5 Jahren auf 40 Pf. und nach 10 Jahren auf 42 Pf. steigend, wenn sie ausschließliche Arbeiten verrichten müssen, 45 Pf. die Stunde. Letzteres bildet die Ausnahme. Die Reformbedürftigkeit liegt auch hier klar vor Augen. Außerdem treten erhebliche Minderungen des Lohnes im Winter durch die Einschränkung der Arbeitszeit bei den meisten im Stundenlohn beschäftigten Arbeitern ein, da die Arbeitszeit bis zu 8 und 7 1/2 Stunden pro Tag heruntergeht.

Die Steinortierlöhne bieten folgendes Bild:

Altes Verhältnis		Neues Verhältnis	
Stundenlohn		Stundenlohn	
38 Pf.	im 1. Dienstjahr	38 Pf.	
39 "	" 2. "	39 "	
40 "	" 3. "	41 "	
	im 5.-9. Dienstjahr	42 "	
	" 10. u. folg. "	43 "	

Diese Gruppe hat mit den anderen in ihrem Verdienstverhältnis durch die erfolglose Verkürzung der Arbeitszeit der verschiedenen Perioden nicht gleichen Schritt gehalten. Ihnen muß es überlassen bleiben, wie weit sie mit Hilfe der Organisation dies nachholen gedenken.

In der Märanlage betragen die Löhne:

Altes Verhältnis		Neues Verhältnis	
Stundenlohn		Stundenlohn	
38 Pf.	im 1. Dienstjahr	38 Pf.	
38 "	" 2. "	39 "	
38 "	" 3. "	40 "	
40 "	im 4.-6. Dienstjahr	41 "	
41 "	" 7.-10. "	42 "	
42 "	vom 10. Dienstjahr ab	43 "	

Die Zulage ist also in der Tat eine Pfennig-Zulage. Für Ueberstunden werden ungefähr 20% Proz. Zuschlag gewährt. Außerdem werden für gesundheits-schädliche Arbeiten kleine Gratifikationen, wie z. B. 3 Mk. vierteljährlich, sogenanntes Stiefelgeld, als Ersatz für von Säuren verbrannte Kleidungsstücke verabfolgt. Diese Gruppe rekrutiert sich aus vorangegangenen Motandearbeitern desselben Betriebes zurückgekehrten Arbeitern. Für die gefährlichen Arbeiten mit den verschiedenen Säuren ist der Verdienst sehr gering gehalten. Die verschiedenen im Tiefbauamt nicht beschäftigten Gruppen, mit Ausnahme der Elektrizitäts- und Friedhofsarbeiter und Arbeiterinnen, haben von einer Lohnerhöhung am 1. April nichts verspürt. Die Elektrizitätsarbeiter erhielten 1 Mk. pro Woche, dafür wurde ihnen die Bezahlung der Sonntagsstunden entzogen. Die Erhöhung beträgt daher nur 30 Pf. pro Jahr und Mann bei Leistung von 22 Diensttagen und Feiertagen, pro Woche 57 1/2 Pf. Das Wert vereinigt 15 Arbeiter der verschiedensten Verufe in sich, die bei durchschnittlich 63ündiger Arbeitszeit pro Woche mit Löhnen von 22-32 Mk. partizipieren. Daß in diesen Betrieben unangebrachter Verunsitzel die berechtigten Forderungen auf Erhöhung ihrer Löhne, infolge mangelnder Einigkeit, diese Arbeiter ins Hintertreffen bringen, sei nur nebenbei erwähnt. Die oben gezahlten Löhne der qualifiziertesten Arbeiter beweisen dies.

Lassen wir nun zum Schluß noch die Löhne der Friedhofsarbeiter und Arbeiterinnen Revue passieren.

Altes Verhältnis		Neues Verhältnis	
Wochenlohn		Wochenlohn	
23,10 Mk.	im 1. Dienstjahr	23,10 Mk.	
23,80 "	" 2. "	23,80 "	
24,50 "	" 3. "	25,20 "	
25,20 "	" 4. "	25,00 "	
25,90 "	im 5. u. 6. Dienstjahr	26,60 "	
26,60 "	" 7. u. 8. "	27,90 "	
27,90 "	" 9. u. 10. "	28, - "	
28,70 "	" 11. u. folg. "	28,70 "	

Die Mehrausgabe bei vier Friedhöfen mit 26 Arbeitern beträgt 11,20 Mk. pro Woche. Dagegen ist eine Gebührenerhöhung in diesem Jahre eingetreten, die eine bedeutende Mehreinnahme erzielen dürfte. Im Vergleich zu der Gebührenerhöhung erweist die Lohnerhöhung äußerst gering. Stellt man die durchaus schwere, dem Wind und Wetter ausgesetzte Arbeitsstätigkeit hierzu in Vergleich, so befriedigt obiges Ergebnis keineswegs. Die Frauenarbeit wird wie folgt honoriert:

Altes Verhältnis		Neues Verhältnis	
pro Tag		pro Tag	
1,70 Mk.	im 1. Dienstjahr	1,80 Mk.	
1,70 "	" 2. "	1,80 "	
1,80 "	im 3.-6. Dienstjahr	1,90 "	
1,90 "	" 7.-10. "	2, - "	
2,10 "	" 11. u. folg. "	2,20 "	

Die Frauenlöhne sind sehr dürftig gehalten. Kraft und Gesundheit bei diesen Löhnen zu erhalten und zu erhöhen, bleibt das Mühsüß dieser Proletarierinnen.

Die zwei größten Gruppen der Gasarbeiter, Laternenwärter neben einigen Untergruppen sind von der Lohnerhöhung unberührt geblieben. Das gleiche Schicksal trifft die Gartenarbeiter und Arbeiterinnen, die in Punkte Lohnerhöhung keineswegs bevorzugt sind.

Nehmen wir nun zum Schluß einen kleinen Ueberblick über das Webereie, so bleibt noch vieles zu wünschen übrig. Vergegenwärtigen wir uns zu den geringen Zuschlägen die besagten städtischen Verhältnisse, so kann es für uns weder Kraft noch Ruhe geben. Nur durch die Organisation wird erreicht, was den gesamten städtischen Arbeitern zum Vorteile gereicht. Neue Kämpfer der Organisation zuzuführen, sei das Ziel jedes einzelnen, bis der letzte Mann in unseren Reihen seinen Platz einnimmt.

Einem Jahr städtischen Arbeiter, in den Verhandlungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter! D. G.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Hannovers.

Die Stadt Hannover, die nach außen hin gerne glänzen will, diese Stadt, der weiter nichts fehlen soll, als „daß sich ein leibhaftiger Prinz hier häuslich niederläßt, um das Glück der Einwohner vollkommen zu machen“, bietet für die in den städtischen Regiebetrieben beschäftigten Arbeiter recht wenig angenehmes. Es dürfte wohl keine Großstadt vorhanden sein, die ihre Arbeiter noch niedriger entlohnt als Hannover. Die Ursache, warum, ist wohl die, daß die Arbeiter auf dem Ratbause nir so liegen haben. In verschiedenen deutschen Stadtverwaltungen ist doch immerhin die Möglichkeit vorhanden, daß die Herren auch einmal an die Arbeiter denken müssen, dafür sorgen schon die Vertreter der Arbeiterklasse, die in diesen Stadtparlamenten sitzen. Wenn dann noch eine gute Organisation der städtischen Arbeiter an diesem Orte vorhanden ist, dann müssen die Stadtverwaltungen, wenn auch widerwillig, immerhin bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihren Arbeitern gewähren. Hier in Hannover fehlt es eben noch an dem wichtigsten, an einer guten Organisation, und auch an Arbeitervertretern im Bürgervorsteher-Kollegium. Es ist eben niemand da, der die Herren Stadtväter einmal recht energisch an die nützlichen Arbeiter erinnert. Während des Reichstags-Wahlkampfes hörte man hier wie überall die bürgerlichen Parteien den Arbeitern sagen: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist schuld daran, daß die soziale Gesetzgebung zum Stillstand gekommen ist. Durch das ewige Korinthen ist der Regierung das Arbeiten verleidet worden.“ Ähnliche Äußerungen lassen auch häufig verschiedene Oberbürgermeister fallen, wenn sie seitens der Arbeitervertreter an die städtischen Arbeiter erinnert werden. Wären diese Worte Tatsachen und keine Fiktionen, dann müßten alle die Parlamente und Körperschaften, in denen keine Sozialdemokraten, also keine Vertreter der Arbeiter vorhanden sind, geradezu etwas Gutes und Nützlichkeits für die Arbeiter schaffen. Aber die Tatsachen beweisen, daß gerade das Gegenteil davon zutrifft. Überall machen die Arbeiter die Erfahrung, daß in allen den Städten, die keine Arbeitervertreter in den städtischen Kollegien haben, niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten für die städtischen Arbeiter vorhanden sind. Dieses letztere trifft für Hannover ganz besonders zu, niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und recht schmerzhafte Pein zu zeichnen die städtischen Betriebe aus. Warum liefern hier die Bürgerlichen nicht den Beweis, daß auch ohne Sozialdemokraten müßtergültige Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die städtischen Arbeiter geschaffen werden? Aber nichts geschieht für die Arbeiter. Es ist keiner da, der die Herren energisch an ihre sozialpolitischen Pflichten erinnert. Die treibende Kraft, die nur das Gute schafft, fehlt hier, das ist die Organisation. Wäre eine gute Organisation der städtischen Arbeiter vorhanden, dann könnten die jetzigen Zustände längst beseitigt sein. Die Uneinigkeit und Zerissenheit der Arbeiter ist auch dem Magistrat bekannt. Darum werden die Arbeiter so wenig beachtet.

Im März d. J. richteten die städtischen Arbeiter ein Gesuch an den Magistrat, worin sie um Aufbesserung ihrer recht minimalen Löhne eruchten, aber bis heute hat es der Wohlthätige noch nicht für nötig erachtet, eine Antwort auf dieses Gesuch zu geben. Sollten die Aufsichtsratspräsidenten soviel Mitleid mit den Arbeitern haben, daß es den Herren unmöglich ist, sich auch noch mit Arbeiterlöhnen zu beschäftigen? Vielleicht läßt sich das Interesse des Magistrats für die Arbeiter dadurch haben, indem man den Herren Magistratsmitgliedern auf einige Jahre den Lohn gibt, den die städtischen Arbeiter erhalten, 2, 2,20, 2,40 Mk. pro Tag, das sind die Lohnsätze, die die Arbeiter nach zehn bis zwanzigjähriger Beschäftigung erhalten. Es darf sich aber kein Arbeiter soweit verheßen, daß er seinen Vorgesetzten einmal um Erhöhung dieses geradezu elenden Lohnes ersucht. Da wird er gleich als Unzufriedener, Heber und Aufwiegler bezeichnet. Lächelt sich der Arbeiter diese Worte nicht stillschweigend gefallen, dann ist er ein „frecher Patron“. Dann spricht man von „Mauschweiffen“ und was die Herren Beamten nicht alles noch für schöne Worte und liebenswürdige Ausdrücke in ihrem Sprachschatz haben.

Diese Zustände sind namentlich bei der Verwaltung der Straßenreinigung zu finden. Erst vor kurzer Zeit äußerte sich der Herr Branddirektor: „Die alten Leute sind nur aus Gnade und Pardonhaftigkeit hier, ich mag es nicht tun, sonst müßte man sie alle rauschmeiffen.“ Hierzu muß aber von vornherein der Auffassung entgegengetreten werden, als ob es sich da nur um solche alten Arbeiter handelt, denen weniger und leichtere Arbeit zu gewiesen wird als den etwas besser entlohnenden jüngeren Arbeitern. Die alten Leute werden ebensoviel und anstrengend beschäftigt wie die jüngeren. Den älteren leibere Arbeit zu geben und sie weniger zu beschäftigen, dazu ist die Verwaltung der Straßenreinigung gar nicht in der Lage. Da fehlt eben der Verwaltung das notwendige, das sind die jüngeren Arbeiter. Die Verwaltung leidet, namentlich im Sommer, an chronischem Arbeitermangel. Von Zeit zu Zeit sucht dann die Verwaltung durch Inserate in hiesigen bürgerlichen Blättern junge, kräftige, unbescholtene, gediente Leute, bei 3,30 Mk. pro Tag Anfangslohn, steigend auf 4,60 Mk. Daß die Verwaltung junge Kräfte Arbeiter wünscht, ist schon zu verstehen,

aber warum die Leute nur gedient haben müssen? Daß nun die jungen, kräftigen Arbeiter bei den alten, schwachen Löhnen und bei der kräftigen, schmerzigen Behandlung, wie sie namentlich den alten Arbeitern geboten wird, es vorziehen, bei der Straßenreinigung nicht alt zu werden, ist daher sehr erklärlich. Daß aber die Reinigung der Straßen mit den wenigen Arbeitern nur mangelhaft ausgeführt wird, kann wohl jeder leicht begreifen. Die in den äußeren Bezirken liegenden Straßen werden denn auch in den seltensten Fällen gereinigt. Bei trockenem Wetter legt eben der Wind die Straßen und lagert den Staub in den Atmungsorganen der Passanten und Anwohner ab. Das Sprengen der Straßen scheint man auch als etwas überflüssiges zu betrachten. Der ist hier das Wasser etwas kostbares? Wahrscheinlich sind praktische Gründe dabei maßgebend. Werden die Straßen feucht gehalten, dann bleibt der Staub liegen, bleiben die Straßen aber trocken, dann legt der Wind die Straßen und die Verwaltung der Straßenreinigung braucht diese Arbeit nicht noch einmal ausführen zu lassen. Hier wäre es aber wohl angebracht zu fragen, sind die Anwohner dieser Straßen Bürger zweiter Klasse? Müssen die Anwohner dieser Straßen nicht ebenso gut ihre Steuern bezahlen wie die Anwohner derjenigen Straßen, wo an jedem Tage gereinigt und gewaschen wird? So wie die Enden jetzt liegen, kann es nicht mehr weiter gehen. Sollte die Verwaltung der Straßenreinigung wirklich so kurzfristig sein und die wahren Ursachen dieses Zustandes nicht erkennen? Allem Anschein nach ist die Verwaltung der Straßenreinigung an diesen Zuständen nicht allein schuld, sondern der Hauptschuldige ist der Magistrat. Zum Beweise dafür sei hier folgendes angeführt: Im Herbst 1906 reichte der Verband, im Auftrage der Arbeiter der Straßenreinigung, ein Gesuch um Lohnerhöhung bei der Branddirektion ein. Darauf ging der Verbandsleitung von der Direktion folgendes Schreiben zu:

„Da die Branddirektion nicht in der Lage ist, über Ihr Gesuch zu entscheiden, so ist dasselbe dem Magistrat zur Entscheidung unterbreitet worden.“

Der Magistrat hat sich aber bis heute noch nicht dazu geäußert. Sollte der Magistrat wirklich nicht soviel Zeit haben, daß er sich auch einmal mit den städtischen Arbeitern beschäftigen kann, oder aber achtet er dieselben so gering, daß sie für ihn nicht erhitzen? Nach den gemachten Erfahrungen scheint das letztere der Fall zu sein.

Wie notwendig aber eine Lohnerhöhung hier ist, ergibt sich wohl aus den nachstehend bisher gezahlten Löhnen. Es erhalten die alten Arbeiter 1,70, 2, 2,20, 2,40 Mk. usw. bis 3,20 Mk. pro Tag. Ob und in welcher Höhe der Arbeiter Lohnzulage erhält, darüber entscheidet nicht die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, sondern die Gümt der Vorgesetzten. Die jüngeren Arbeiter erhalten 3,30 bis 3,60 Mk. pro Tag. Die ungenügende Entlohnung und die Art und Weise, wie man versucht, die alten Arbeiter abzuschieben, kann die jüngeren Arbeiter gerade nicht ermutigen, bei der Straßenreinigung zu bleiben, da dann mit ihnen, nachdem sie ihre ganze Arbeitskraft der Stadt zur Verfügung gestellt haben, genau so verfahren würde, wie es jetzt mit den alten Arbeitern geschieht. Daher ist der Wechsel der jüngeren Arbeiter ein ganz enormer. Es dürfte wohl kein Privatbetrieb in Hannover vorhanden sein, wo ein derartiger Wechsel mit den Arbeitern stattfindet, wie hier bei der Straßenreinigung. Köstlich behandelt die Beamten die alten Arbeiter in Zukunft etwas besser als wie bisher. Den übrigen Arbeitern aber sei gesagt, nicht durch Schmarozken und Trickschen ist eine Verbesserung zu erreichen, sondern nur durch einiges Zusammenhalten und Kampfen in der Organisation können die jetzigen Zustände beseitigt werden.

Nicht viel besser, ja zum Teil für die Arbeiter noch ungünstiger wie bei der Straßenreinigung liegen die Verhältnisse beim Stadtbauamt. Das Stadtbauamt beschäftigt eine ganz beträchtliche Zahl Arbeiter und Handwerker. Ein geregeltes Lohnsystem gibt es da ebenfalls nicht. Die Löhne sind sehr verschiedenartig. Wenn gleich die Löhne der Handwerker hoch aber denen der ungelerten Arbeiter stehen 4,80, 5, 5,20, 5,30, 5,40 Mk., so sind die Sätze doch noch bedeutend unter denen, die von den Unternehmern der gleichen Kategorie von Handwerkern gewährt werden. Die Unternehmer müssen ihren Handwerkern 60 Pf. pro Stunde zahlen. Ähnlich liegt es mit den Arbeitern. Die Mehrzahl von ihnen erhält unter 4 Mk. pro Tag. Der weitaus größte Teil der beim Stadtbauamt in Arbeit stehenden Handwerker und Arbeiter geben sich der krügerischen Hoffnung hin, daß, weil sie im Sommer billiger arbeiten müssen, ihnen auch ein Anspruch auf Winterbeschäftigung zusteht. Dieses ist aber keineswegs der Fall, wie die dort Beschäftigten in den letzten Jahren erfahren haben. Man betrachtet die Arbeiter ebenfalls als Saisonarbeiter, die keinerlei Anrecht auf Winterarbeit haben. Ein Beamter des Stadtbauamtes erklärte bezugnehmend Winter den Arbeitern, daß sie nur Saisonarbeiter sind. Warum gewährt man denn aber nicht die für Saisonarbeiter von den Unternehmern gezahlten Löhne auch den städtischen Arbeitern? Ja, man will hier im Winter Praktiken, die selbst bei keinem Unternehmer vorkommen dürften. Wenn ein Unternehmer im Winter seine Arbeiter beschäftigt, dann muß er denselben Stundenlohn bezahlen wie im Sommer. Anders liegt

die Sache bei den städtischen Arbeitern. Hier ruht man die Notlage der städtischen Arbeiter gehörig aus. Da werden die Handwerker auf dem Zentrallagerplatz in Alford beschäftigt. Hierbei ist es aber den Leuten nicht möglich, trotz angestrengter Arbeit auf ihren Lohn zu kommen. Zur Abwechslung schickt man sie öfter einmal zum Reinigen des Eises auf die Eisbahn. Dort wird ihnen aber nur 33 Pf. pro Stunde gewährt. Während man überall zu der Ueberzeugung kommt, daß Sonn- und Feiertagsarbeit höher entlohnt werden muß, als gewöhnliche Werktagsarbeit, scheint man hier gegenteiliger Ansicht zu sein. So wurden hier zu den Weihnachtstagen die Arbeiter nach der Eisbahn zum Reinigen des Eises geschickt. Und alle diejenigen, die sonst 50 Pf. und darüber verdienten, wurden für die Feiertagsarbeit mit 33 Pf. pro Stunde entlohnt. Jedenfalls ist diese juristische Entlohnung nur deshalb den Arbeitern gewährt, damit sie etwas mehr über die Bedeutung des Festes der christlichen Liebe nachdenken können. Eine seitens der Verbandsleitung an den Herrn Oberbaurat Dr. Wolff gerichtete Beschwerde wurde von dem Herrn Oberbaurat dahin beantwortet: „Die Leute sollen sich an ihren nächsten Dienstbesprechungen wenden, damit die Sache untersucht werden kann, und die Leute den ihnen zu Unrecht entzogenen Lohn nachbezahlt erhalten.“ Aber bis heute warten die Arbeiter vergeblich auf den Lohn. Ja, es wurde ihnen noch über mitgespielt. Den Leuten wurde mitgeteilt: Entweder aussehen, feiern, wer das nicht will, muß sich bei der Schneefahrt für 25 Pf. pro Stunde verpflichten. Den Arbeitern blieb weiter nichts übrig, da sie ja im Sommer bei dem ungenügenden Verdienst nicht soviel erübrigen können, um im Winter einige Wochen zu feiern, sie mußten für 25 Pf. pro Stunde arbeiten.

Da ballten die Arbeiter wohl die Faust in der Tasche und schimpften, wenn es keiner hörte, aber dabei blieb es auch. Es muß hierbei aber bemerkt werden, daß durch das unrühmliche, feige Verhalten der Arbeiter in dieser Sachlage nichts geändert werden kann, ja die Arbeiter müssen damit rechnen, daß sich derartige Zustände jeden Winter wiederholen. Wenn die Arbeiter nicht selbst frei und offen gegen derartige Zustände protestieren, wenn sie nicht offen dagegen ankämpfen, dann wird in dieser Beziehung nichts geändert werden. (Schluß folgt.)

Aus den englischen Gasanstalten von Groß-Berlin.

In 4 Versammlungen nahmen die Kollegen den Bericht der Arbeiterausschüsse entgegen.

Der wichtigste Punkt der eingereichten Forderungen, die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, war erledigt, indem 1 Tage vor der Sitzung der neunstündentag zur Einführung gelangt. Mit Genehmigung wurde in allen Versammlungen dieser Erfolg der Organisation begrüßt. Es hat den Anschein, als ob die Direktion mit Absicht diese Frage vor der Ausdehnung erledigt hat, um nur ja den Ausschüssen kein Zugeständnis machen zu müssen. Denn alle übrigen Forderungen, abgesehen von einigen unbedeutenden, wurden abgelehnt. Darunter auch die beantragte Gewährung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld im Krankheitsfalle. Die Direktion hatte eine Probe zu bestehen auf ihr bekanntes Wort: „Was die Stadt Berlin bewilligt, zahlen wir auch.“ Dieser Hinweis auf die Stadt Berlin wird stets von der Direktion benutzt, wenn es sich darum dreht, Forderungen der Arbeiter, speziell Lohnforderungen, abzulehnen. Da hilft kein Hinweis auf die Privatindustrie, welche wesentlich höhere Löhne zahlt; denn sämtliche Handwerker stehen um 10-20 Pf. pro Stunde hinter den sonst in Berlin üblichen Löhnen zurück. Das so oft betonte Wohlwollen der Verwaltung äußert sich eben in einer miserablen Bezahlung. Jetzt fordern die Arbeiter nun eine Einrichtung, die bei der Stadt Berlin schon Jahre besteht, und die immerhin ein -- wenn auch geringes -- Aufwärtstendenz gegenüber den niedrigen Löhnen bedeutet. Da auf einmal ermunert man sich daran, daß es in der Privatindustrie nicht üblich sei, den vollen Lohn im Krankheitsfalle zu zahlen. Während nämlich ein Teil der Ausdehnungsvorschläge die Forderung mit der Motivierung ablehnte, diese Einrichtung habe sich bei der Stadt Berlin nicht bewährt, jubelte sich ein Vorsitzender zum Hinweis auf die Privatindustrie veranlaßt. Nun trifft dieser Hinweis aber gar nicht zu. Wir kennen in Berlin eine Reihe von Arbeitgebern, die im Krankheitsfalle den Lohn weiterzahlen.

Man sieht, die Verwaltung versteht es, sich ihren Pflichten zu entziehen. Bei Lohnforderungen weist sie die Arbeiter auf das rückständige Berlin hin, fordern die Arbeiter aber die sozialen Einrichtungen der Stadt auch für sich, dann lehnt man dies unter Bezugnahme auf die Privatindustrie ab. Ein solches Mittel, sich um die einfachsten Pflichten in punkto Arbeiterfürsorge herumzudrücken. Die miserablen Lohnverhältnisse haben in einigen Betrieben ein Ueberstundenunwesen hervorgerufen, das nicht scharf genug bestraft werden kann. Es sind gerade vielfach die Handwerker, welche sich nicht genug darin tun können und damit wesentlich dazu beitragen, daß die Löhne so niedrige sind. Gewiß ist in einer Gasanstalt zuzeiten Ueberarbeit nicht zu umgehen; das darf aber nicht dazu führen, daß

sich die Arbeiter -- wie dies leider häufig geschieht -- zur Ueberarbeit drängen.

Silagen über Mehrarbeit wurden auch von den Laternenwärtern erhoben. Besonders in Wilmersdorf und den weiteren Vororten erfolgen fortwährend Neuaufstellungen von Laternen, während die Neueinstellung von Wärmern nur äußerst langsam vor sich geht. Da die Reviere der Laternenwärter in den Vororten an und für sich schon größere sind, so kommt es vor, daß bei 65 Laternen anstatt einer Stunde 1½ bis 2 Stunden zum Anzünden gebraucht werden. Hier wäre es Pflicht der Vorgesetzten dieser Kollegen, Wandel zu schaffen. Leider muß auch konstatiert werden, daß dem Vorwärtkommen der Kollegen insofern Schwierigkeiten erwachsen, als ihnen der unlängst gegründete „Blaue Verein der Laternenwärter“ hindernd in den Weg tritt. Es ist bedauerlich, daß sich noch immer Kollegen finden, die derartigen arbeitervertreterischen Gründungen ins Garn gehen.

Ueber Organisationszersplitterung lagen auch die Kollegen der Ammoniakfabrik. Unter den ca. 35 Arbeitern sind nicht weniger als sechs verschiedene Organisationen vertreten. Hier sind es besonders die „christlich“ organisierten Kollegen, die förmlich von allen übrigen Versprechungen und Beratungen ferngehalten werden. Wenn trotzdem jetzt in der Ammoniakfabrik für die Schichtarbeiter der Achtstundentag, für die übrigen der Neunstundentag eingeführt ist, so ist dies lediglich dem Vorgehen der Kollegen der anderen Betriebe zu danken. Sollten aus dieser Tatsache die Arbeiter der Ammoniakfabrik nun nicht endlich den Schluß ziehen, Mann für Mann dem Verbände beizutreten und so Schulter an Schulter mit ihren Kollegen zu treten? Es ist doch wahrhaftig mit der Arbeiterwürde nicht zu vereinbaren, wenn man wohl vom Erregungen mitgenießt, den Kampf und die damit verbundenen Opfer andern überläßt. —

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Die Einführung der acht- und neunstündigen Arbeitszeit ist nunmehr in allen städtischen Gasanstalten erfolgt, soweit die Betriebe für neue Gasproduktion in Frage kommen. Dagegen sind die Außenbetriebe, als Revierinspektionen, Röhrenlinien, öffentliche Beleuchtung und die Arbeiter der Magazine und der Zentralwerkstätte Stralauer Platz noch nicht der Wohltat der Arbeitszeitverkürzung teilhaftig geworden. Die städtische Verwaltung geht hier mit einer Aengstlichkeit und Bedanternie zu Werke, die etwas grotesk-komisches an sich hat. Obwohl die feinerzeit vorzüglich gewordene Reputation den Fezernenten der Gaswerke auseinanderfetzte, daß die Arbeiter des Außenbetriebes und Zentralwerkstätte ganz auf den Neunstundentag bekommen könnten, ohne daß die städtischen Interessen geschädigt würden, so zeigte sich doch die Verwaltung in diesem Punkte widerbarig. Sie will erst erproben, wie die verkürzte Arbeitszeit sich für die neuen Gaswerke bewähre und dann werde „man“ weitersehen. Jedoch, die städtische, schwerfällige Purocratie mußte sich bald davon überzeugen, daß die Einführung der verkürzten Arbeitszeit für die Außenarbeiter auch in schnellstem Verfahren durchführbar sei. Die engl. Gasgesellschaft führte nämlich die neunstündige Arbeitszeit auch für ihre Außenbetriebe ein, eine Maßnahme, die in geschäftlicher, technischer und moralischer Hinsicht nur gutes wirken kann. Es ist zu hoffen, daß die Direktion der städtischen Gaswerke aus dem vernünftigen Vorgehen der I. C. G. A. lernt, wie man es machen muß, um alle Arbeiter eines Betriebes hinsichtlich der verkürzten Arbeitszeit als gleiches Recht zu betrachten. -- Insgesamt dürfte jetzt für die städtischen und englischen Gasanstalten eine Arbeitszeitverkürzung von 30000 Stunden pro Woche herausgefrungen sein, eine stattliche Ziffer, die nur beweist, daß das Wirken der Organisation doch nicht vergeblich war. Daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit noch allerlei Unzuträglichkeiten in die Erscheinung traten, darf unsere Kollegen in den Betrieben nicht verdrießen. Eine Arbeitsmethode, die über 30 Jahre bestand und jetzt einer völligen Umwälzung entgegengeführt werden muß, bringt naturgemäß viele alte Gewohnheiten zu Fall und wer das Wesen der städtischen Purocratie und ihre Anhänglichkeit an die betriebsfremden Formen der alten Produktions- und Verwaltungsmethoden kennt, wird wissen, daß die positiven Vorschläge der Arbeiter das Risiko an guten Willen der Beamten erfordern müssen. In den bisher stattgefundenen Besprechungen der Betriebs-Verwaltungen wurde festgestellt, daß die Dirigenten der einzelnen Anstalten vorläufig nach eigenen selbstgewählten Dispositionen handeln. Dadurch wird die Verschwendung in der Arbeitsmethode und in der Intensität der Anspannung der menschlichen Arbeitskräfte bedingt. Auch die Bezahlung der Betriebsarbeiter, soweit die geleisteten „Stöße“ bei den langen Schichten in Frage kommen, ist noch veraltet, während gar die Vergütung der Anstalt Müllerstraße eine Verminderung des Personals bei der Ueberbedienung auftrieb und sich auch sonst auf jeder Anstalt Erscheinungen zeigen, die die energische Hand eines Inspektors vermissen lassen. Der jetzige Betriebsingenieur ordnet z. B. an, daß Sonntags nur bis 3 Uhr gearbeitet wird, der Flakmeister dagegen weist mit eigener Handbewegung die Anordnung in das Reich des Nichts und be-

stimmt, daß „die Leute“ bis $\frac{1}{4}$ dableiben. Wer, in alles in der Welt, hat denn eigentlich auf der Anstalt Kalkültrasse etwas „zu melden“? — Recht eigenartig berührt es, daß die Magazin-arbeiter, die in den Anhalten beschäftigt werden, noch elf Stunden arbeiten müssen und einen Lohn empfangen, der im grellen Gegensatz zu dem Stolz eines Teiles dieser Arbeiterkategorie steht. Diese völlige Ausschaltung der Magazinarbeiter von der Wohltat der Arbeitszeitverkürzung hat nun doch bewirkt, daß die guten Leute sich auf sich selbst besonnen und in ganz erheblicher Anzahl dem Verbands beitreten. Sie hoffen, daß es nicht zu spät ist, wenn sie sich jetzt ihren Kollegen anschließen. Es ist bedauerlich, daß der bessere und einträglichere Teil jener Arbeiterkategorie unter der Indolenz und Dürftigkeit des anderen Teiles leiden muß. An diesem Beschlusse ist die Aktion, die die Direktion den Magazinarbeitern erteilt, nicht ganz unwerdend. — Die Handwerker haben durchweg den Kenntnistand erhalten; hinsichtlich der Entlohnung zeigt sich jedoch Anzuehmigkeit, weil nur die Anfangslöhne von 4,30 auf 4,50 M. erhöht und einigen dienstältesten Kollegen keine Zulagen gewährt wurden. Eine allgemeine Zulage hat nicht stattgefunden. Die gelernten Arbeiter, wie Schmiede, Schlosser, Klempner, Metzger, Maschinenisten, Rohrleger und Magazinarbeiter wünschen eine den allgemeinen Verhältnissen entsprechende Vergütung und eine kürzere Arbeitszeit zur Erreichung des Höchstlohnes. Mit Recht verlangen auch die sog. ungelerten Arbeiter, deren Funktionen bei dem Stande der heutigen Technik und der Arbeitsmethode in den Gasanstalten von denen der gelernten Arbeiter fast gar nicht mehr unterschieden werden können, eine bessere Vergütung als bisher. Bei 4 M. und 4,20 bis 4,40 M. Tagelohn kann ein jüdischer Arbeiter in Berlin nicht existieren und namentlich bei der schweren Arbeit nicht, wie sie auf den Gasanstalten geleistet werden muß. Das Kollegium und der Magistrat werden bei passender Gelegenheit von uns an diese schlecht bezahlten und vielfach im Glend dahin lebenden Arbeiter mit Nachdruck erinnert werden.

Aus Dresdener Gasanstalten wird uns berichtet, daß man jetzt wieder einmal versucht, die durch die Einführung des Achtstundentages entstandenen Mehrkosten von den Arbeitern herauszuschneiden zu lassen. Bei der alten Arbeitsweise hatten 2 Mann 2 Ofen mit 9 Retorten zu bedienen. Das war vollkommen genug. Denn es gehört schon etwas dazu, eine Stunde lang in mörderischer Hitze und dichtem Qualm mit Anspannung aller Kräfte zu arbeiten. Jetzt unterm Achtstundentag müssen diese selben 2 Mann 12 Retorten bedienen, müssen also in 8 Stunden fast ebensoviel leisten als früher in 12 Stunden. Da darf man sich allerdings nicht wundern, woher die Millionenüberschüsse kommen. Zum Heberdruck schon ist der Arbeiter-Ausschuss deswegen vorstellig geworden, aber genügt hat es nichts. Man sagte höchstens, es kommen ja nur 11 und neun Zehntel Retorten auf einen Mann! Als ob die Retorten in Zehntel eingeteilt wären. Daß bei derartigen Schufterei Unfälle vorkommen, ist ja wohl verständlich. Kürzlich stürzt im Feinhaus ein Mann und verbrennt sich ganz erheblich. Man fragt ihn, wo er untergebracht sein will, worauf er antwortet, zu Hause. Da er aber ledig ist und bei fremden Leuten wohnt, sollte er ins Krankenhaus gebracht werden, das empfiehlt auch der anwesende Samariter. Dem Herrn Assistent Hartmann allerdings paßte dies nicht, er meinte, der Mann sei mündig und brauche keinen Vormund. In einer Dreiviertel sollte nun der Unglückliche, der weder sicher noch liegen konnte, forttransportiert werden. Das erwies sich aber nach der Art der Verletzung unmöglich und nun endlich wurde der Krankenwagen bestellt. So waren unter diesem hin und her 2 Stunden vergangen! Warum ließ der Herr Assistent nicht gleich den Krankenwagen kommen, es bedurfte doch nur einer telefonischen Meldung. — In der Reinigung scheint auch nicht alles beim Besten zu stehen. Sind doch erst kürzlich 2 Mann ohnmächtig umgefallen! Bei dem einen hatte dies eine achtstündige Arbeitsunfähigkeit zur Folge. Ist es denn so ganz unmöglich, die Gefahren der Reinigung zu vermindern? — Ein weiteres Vorkommnis soll nicht vergehen werden. Bei der Lohnauszahlung vor Pfingsten waren einige Arbeiter beim Aufruf ihrer Namen nicht gleich zur Stelle. Nach wenigen Minuten allerdings waren sie da und warteten bis die Reihe durch war. Als sie sich dann meldeten, da erklärte der auszahlende Beamte ganz seelenruhig: Jetzt habe ich keine Zeit mehr, Holt nur Geld morgen früh! Sprach und verschwand. Die Beamten verlangen Pünktlichkeit von den Arbeitern, wenn aber die Arbeiter ohne ihre Schuld eine halbe, ja eine ganze Stunde auf die Herren Beamten warten müssen. . . ja, Bauer, das ist etwas anderes. — Mit der Lohnfrage überhaupt können sich die Arbeiter nicht zufrieden geben. Wohl hat jetzt wieder in Dresden eine der bekannten „Lohnregelungen“ stattgefunden, in dessen hat sie wenig befriedigt. Die Feuerleute sind ganz leer ausgegangen, die Handwerker haben sie und da „einen“ Wennig erhalten, und den Hofarbeitern geht es nicht besser. Die Rentabilität der Gasanstalten wird aber von Jahr zu Jahr besser. Im letzten Jahre hat man mit 35 Proz. Reingewinn gearbeitet! — Am 4. Juni dieses Jahres fand nun eine äußerst stark besuchte Betriebsbesprechung statt. Hier wurden alle Vorkommnisse geschildert. In den Vordergrund stellte man das Ver-

langen, die Retortenzahl, die auf einen Arbeiter entfällt zu vermindern. Der Arbeiter-Ausschuss wurde beauftragt, wegen dieser Angelegenheiten vorstellig zu werden. Betreffs der Lohnfrage stellte man bestimmte Forderungen auf und beschloß, diese durch Petition dem Rat direkt zu unterbreiten. Im übrigen waren die Kollegen der Meinung, daß beide, räumlich allerdings sehr entfernte liegende Anstalten, mehr gemeinsam handeln mußten, daß überhaupt die Kollegialität noch mehr gepflegt werden müsse, um den gestellten Anforderungen den nötigen Nachdruck verleihen zu können.

Hus den Stadtparlamenten.

Charlottenburg. Die Weitergewährung von Feuerungszulagen bis zum 1. April 1908 ist vom Magistrat beschlossen worden. Von diesem Zeitpunkt ab soll eine Neuregelung aller Gehälter und Löhne für städtische Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter in Kraft treten.

Töbels. Die hiesigen städtischen Beamten, Lehrer und Ratzearbeiter erhielten jetzt die Hälfte einer für das laufende Jahr bewilligten Feuerungszulage angezählt. Die Zulage beträgt für Beamtete 5, für Ledige 3 Proz. ihres Einkommens, jedoch nicht mehr als 150 M.

Heilbronn. Durch Beschluß der Gemeinderats-Sitzung vom 25. April er. erhalten die städtischen Arbeiter einen Urlaub unter folgenden Bedingungen: Allen Arbeitern und Arbeiterinnen, händigen und unehändigen wird bei guter Führung vom vollendeten 5. Dienstjahr ab ein jährlicher Urlaub von drei Tagen und vom vollendeten 10. Dienstjahr ab ein solcher von sechs Tagen unter Fortzahlung ihrer Löhne bewilligt. Die Bestimmung der Zeit des Urlaubs ist dem Betriebsvorstand überlassen. — Daß doch die Mantelbestimmung betr. „guter Führung“ noch immer Besturwörter findet!

Lichtenberg. Das Gesuch der Gemeindegewerkschaft um anderweitige Regelung des Sommerurlaubes empfiehlt der Gemeindevorstand abzulehnen. Gemeindevorsteher Grauer befürwortete das Gesuch und tritt mit Nachdruck für die beschiedene Forderung der Gemeindegewerkschaft ein. Der Gemeindevorsteher betonte, der Vorstand habe sich nicht aus wirtschaftlichen Gründen dagegen erklärt, sondern weil der gegenwärtige Zustand erst vor zwei Jahren geschaffen sei und in seiner Wirkung erst erprobt werden müsse. Auch siehe Lichtenberg nicht hinter anderen Gemeinden zurück. Zurzeit genähert Lichtenberg seinen Gemeindegewerkschaften einen Urlaub nach einer Dienstzeit von 5–10 Jahren in Höhe von vier Tagen, nach mehr als 10 Jahren in Höhe einer Woche; Fernarbeitern und anderen Arbeitern, deren Beruf besonders gesundheitsgefährdend sei, könne durch das Antragsformular der Urlaub verlängert werden. Die Ablehnung befürwortete Herr Bankdirektor König. Der „Arbeitsanspruch“ ist es, der es dem „freimüthigen Kommunalpolitiker“ angetan hat. Und das alles, weil die Gemeindegewerkschaft „bitten“, den Urlaub von vier Tagen nach dreijähriger Dienstzeit und den von einer Woche nach fünfjähriger Dienstzeit eintreten zu lassen!

Mülheim a. d. Ruhr. Die hiesige Stadtverwaltung hat die Einrichtung getroffen, ihren Beamten und Angestellten einen dienstfreien Nachmittag (Samstags) zu gewähren.

Hus unserer Bewegung.

Magdeburg. Nachdem wir am 9. Mai 1907 die in der öffentlichen Versammlung angenommene Resolution dem Magistrat eingereicht hatten, wurde uns am 5. Juni die neunstündige, für die Monate November bis Februar die achtstündige Arbeitszeit bewilligt, wobei 10 Stunden zur Verrechnung kommen. Sie ist vorläufig eingeführt auf dem Gaswerk, dem Wasserwerk und der Verwaltung des Gas- und Wasserwerkes, wobei rund 500 Arbeiter in Frage kommen.

Berlin. Am 5. Juni fand bei Dräsel eine Mitgliederversammlung der Filiale Groß-Berlin statt, zu der zum ersten Male die Einladung per Ankerat im „Vorwärts“ und in der „Gewerkschaft“ erfolgt war. Laut Beschluß der letzten Generalversammlung sollen in Zukunft alle ordentlichen Versammlungen der Filiale in dieser Weise bekannt gemacht werden und wir wollen hoffen, daß die Kollegen die genannten Organe auch nach dieser Seite hin einer mäßigen Beachtung unterziehen, damit der Versammlungsbesuch ein zufriedenstellender wird. Der Arbeitersekretär Genosse Bauer hielt einen recht ansprechenden Vortrag über die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart, wobei er den ziffernmäßigen Nachweis von der eminent kulturellen Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen erbrachte. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage machte Kollege Wahn ewige geschäftliche Mitteilungen. Er wies darauf hin, daß das Organisationsstatut der Filiale Groß-Berlin sich im Druck befindet und demnächst an die Vertrauensleute zur Verteilung kommt. Die Kollegen werden gebeten, die Satzungen recht gewissenhaft an die Mitglieder weiterzugeben. Ferner wurden die Mitglieder aufgefordert, sich mehr um ihre Mitgliedsbücher zu kümmern und darauf zu achten, daß sie sich stets in Ordnung be-

finden. Das Sommerfest findet am 25. August im „Park-Restaurant“ zu Treptow statt. Die Vorarbeiten zu der von einigen Kollegen beantragten Statuier behufs Festhaltung der Leser der Arbeiterpresse und der Zugehörigkeit zur politischen Organisation sollen demnächst begonnen werden. Die Vertrauensmänner möchten die auszugehenden Fragebogen recht gewissenhaft ausfüllen lassen. Weiterhin referierte Man über den im August in Stuttgart stattfindenden internationalen Arbeiterkongress und die sich daran anschließende internationale Konferenz der Gemeindearbeiter. In seinen weiteren Darlegungen machte Man auch Mitteilung von dem Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen dem Verbandsvorstand und dem Vorstande der Filiale Groß-Berlin wegen Umänderung der bereits publizierten Vorschlagsliste des Verbandsvorstandes stattfanden. Diese Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß der Verbandsvorstand auf Wunsch der Filialleitung die Vorschlagsliste änderte, indem er an die Stelle des Kollegen Dittmer, der doch jetzt dem Verbandsvorstande angehört, den Kollegen W u p f e n setzte. Damit habe der Vorstand den berechtigten Wünschen der Filiale Groß-Berlin Rechnung getragen und ihr eine Vertretung in der Delegation gesichert. Damit sei wohl eine besondere Aufstellung von Mandatanten für die betreffenden Montagetage seitens Berlin überflüssig geworden. — Die hierauf einsehbende Diskussion, an der sich die Kollegen Mohs, Müller, Schulz, Wesołowski, Dittmer und Man beteiligten, gestaltete sich sehr lebhaft, teilweise sogar bewegt. Schließlich wurde der Vorschlag der Versammlungsleitung, die Kollegen mögen der nunmehr abgeänderten Liste ihre Zustimmung geben, mit großer Mehrheit angenommen.

Berlin. Die öffentliche Beleuchtung hielt eine gut besuchte Versammlung ab. In derselben wurde über den Verlauf der Verhandlungen, welche bezgl. Gewährung des Monteurlohnes eingeleitet waren, Bericht erstattet. Da die an den Inspektor G ü l d n e r durch den Arbeiterausschuß gelangten Anträge keine Zustimmung erfuhren, sollte mit der Direktion verhandelt werden. Hierzu war eine besondere Kommission gewählt worden. Ehe dieselbe vorstellig werden konnte, hatte Herr G ü l d n e r es wohl verstanden, die Direktion zu einer vorher gegebenen Erklärung zu veranlassen. Diefelbe besagt, daß eine Bezahlung, wie gewünscht, nicht erfolgen kann. Nach einer sehr lebhaften Debatte über diesen ablehnenden Bescheid wurde beschlossen, daß der Arbeiterausschuß sein Amt niederlegen solle. Eine diesbezgl. Erklärung solle schriftlich dem Vorsitzenden des Ausschusses übermittelt werden. Diese, aus tatsächlichen Gründen notwendige Maßregel wird hoffentlich die Direktion veranlassen, für die Zukunft mehr wie bisher den Wünschen der Kollegen der öffentlichen Beleuchtung nachzugeben.

Erfurt. Die Filiale hielt am Donnerstag, den 30. Mai, eine Mitgliederversammlung ab. Als Tagesordnung wurde angelegt: 1. Stellungnahme zu dem Angebot der Verwaltung der Gasanstalten betreffs Lohnerhöhung. Am Dienstag, den 2. Mai, wurden von seiten der Direktion die Arbeiterausschußmitglieder zu einer Sitzung eingeladen. Am Verlaufe der Sitzung legte der Direktor den Ausschlußmitgliedern eine Lohnskala zur Annahme vor, welche den einzelnen Arbeitern eine Lohnerhöhung von 30 Pf. pro Tag gewährte, zu erreichen in einem Zeitraum vom 1. Juli 1907 bis mindestens 31. Dezember 1910. Alles andere dieser Lohnskala war daselbe wie früher. Die Ausschlußmitglieder konnten natürlich dieses Anerbieten nicht annehmen, zumal wir gerade an der Ausarbeitung unserer Forderungen waren, die in ganz kurzer Zeit eingereicht werden sollten. Uns verblüffte einestheils die große Eile, mit der die Direktion arbeitete, da doch die alten Verhandlungen erst am 24. Juli abließen. In der Donnerstag Versammlung, in welcher auch der Kollege F e r t h o l d V o p p a anwesend war, wurden noch einmal unsere Forderungen einer gründlichen Prüfung unterzogen. Das Angebot der Direktion wurde einstimmig abgelehnt und beschlossen, unsere Forderungen zur Durchführung zu bringen. Am Dienstag, den 4. Juni, gingen die Forderungen der Direktion zu mit der nötigen Begründung. Am Samstag, den 8. Juni, fand wiederum eine Arbeiterausschuß-Sitzung statt, in der die Direktion eine Zulage für sämtliche Arbeiter von 10 Pf. pro Tag, zu zahlen vom 1. Juli, zugehend. Der Sommerurlaub wurde dahin geändert, daß derselbe vom zweiten Jahre ab gewahrt wird. Auf das übrige von uns geforderte, wie Berlin, von der Arbeitsszen und Einführung des Achtstundentages für Gemeindearbeiter usw. ließ sich die Verwaltung nicht ein. Eine Versammlung wird sich nun damit beschäftigen müssen, ob wir das Angebot annehmen oder nicht. Annehmbar wäre es schon, wenn sich die Verwaltung entschließt, nächstes Jahr 20 Pf. Zulage zu gewähren und das kommende Jahr daselbe, zumal doch die Tarifdauer eine ziemlich lange sein soll.

Hannover. Am 31. Mai fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Genosse K r i t t e referierte über: „Das Genossenschaftswesen der Montiervereine.“ Der Redner betonte in seinem Vortrage, das es sehr traurig sei, überhaupt noch über einen derartigen Punkt brechen zu müssen. Aber es scheint, als wenn noch die alten Verhältnisse unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern beständen, daß das Genossenschaftswesen die Gewerkschaften lähme. Diefes sei aber nicht der Fall, sondern gerade auf dem Genossenschaftswegen sei ein Mutter für den Zukunftssinn zu erreichen. Und auch dieses nur, wenn Genossenschaft und Gewerkschaft zur Selbstproduktion übergingen;

denn auf diese Weise sei es möglich, den Kapitalisten zu betreiben, wie stark sie den Arbeiter ausgezogen haben, und wie sie durch ihre Benehmen der Arbeiter zur Selbsthilfe zwingen, um sich eine bessere Lebenslage zu erringen. — An der Diskussion beteiligte sich, außer einigen andern Kollegen, unser Gauleiter Kollege M e i s n e r, und betonte, daß er ja dem Vortrage des Redners zustimmen müßte, aber er glaube nicht, daß sich die Kollegen alle der Genossenschaft anschließen würden; denn bei einem Tagelohne von 2 Mk., wie er hier noch verschiedentlich gezahlt würde, könne kein Arbeiter aus der Pumpwirtschaft herauskommen, sonst müßte er den kleinen Krämer betrügen.

Kölnen. Am 1. Juni fand im Restaurant „Zur Tulpe“ eine öffentliche Versammlung der Gasarbeiter statt. Vor nicht allzu langer Zeit führte in einer Sitzung des Stadtgemeinderats der Dezerent der Gasanstalt, Herr Stadtrat S c h u r i g, anlässlich eines Besuches der Gasanstaltsarbeiter um Lohnerhöhung unter anderem aus, daß den Arbeitern eine Lohnerhöhung wohl zu gönnen sei, die im Gesicht angeführten Gründe müßten als stichhaltig angesehen werden und außerdem herrsche zwischen Verwaltung und Arbeitern ein gutes Einvernehmen, was recht lange andauern möge. Von Seiten der Direktion wurde den Arbeitern erklärt, daß man ihren Organisationsbestrebungen nicht im geringsten hinderlich sei. Was das letzte anbetrifft, wurde in der Versammlung festgestellt, daß dem nicht so sei. Vor 14 Tagen ist der Kollege K ü r s c h n e r aus der Arbeit der städtischen Gasanstalt entlassen worden, weil er nicht zum Denunzianten an seinen Mitkollegen geworden ist. Das Vergehen des Betreffenden bestand darin, daß er dem Gasmeister G l ä s e r nicht verraten hat, wer im Betrieb Einladungsgetzelle zu einer Betriebsbesprechung verteilt hat. Diefeshalb wurde er entlassen. Genosse S t e i n k a m p f, Vorsitzender vom Gewerkschaftsamt als Referent bezeichnete das Verhalten der Betriebsleitung im vorliegenden Falle als wenig arbeiterfreundlich. Dasselbe sei geeignet, das Ansehen der Gemeindeverwaltung in den Augen der Arbeiterklasse, die ja auch Steuern bezahlen, wesentlich zu beeinträchtigen. Für die Gasarbeiter entsetze die Filialität, mehr als bisher ihre Interessen wahrzunehmen, um der Gasanstaltsverwaltung als Arbeitgeber zu zeigen, daß auch die Arbeiter in der Ausübung ihres gesetzlich gewährleisteten Mitbestimmungsrechtes nicht unter Ausnahmegeetze stehen. Weiter wurde in der Debatte betont, daß man in der Gasanstalt auch anders handeln könne. Ein notorischer Trinker, welcher sich schon als Späkel betätigte, hat sich schon mehrmals Verwijse gegen die Betriebsordnung zu schulden kommen lassen, ohne daß die vorgelegten Organe Kenntnis davon genommen haben. Den Gasarbeitern wurde aus Herz gelegt, ihre Arbeiterrechte gegenüber den Vorgesetzten mehr als bisher zu wahren. Denn nur durch allzu vertretlichen Verkehr mit den Vorgesetzten, wagt man an die Arbeiter solches denunziatorisches Ansehen zu stellen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 1. Juni in der „Tulpe“ stattgefundene öffentliche Versammlung der Gemeindearbeiter protestiert auf das entschiedenste gegen das Vorgehen der Betriebsleitung in der Gasanstalt gegenüber organisierten Arbeitern und verlangt, daß solche mißliche Entlassungen, wie im Fall Kürschner, nicht mehr vorkommen.“

Stuttgart. Eine Mitgliederversammlung tagte am 24. Mai d. J. im Gewerkschaftshaus. Nach einigen Mitteilungen der Ortsverwaltung erteilte der Vorsitzende dem Kollegen D a u f e r das Wort zu seinem Vortrage über „die Gewerkschaften und ihre Gegner“. Die ihm gestellte Aufgabe löste der Referent zur allgemeinen Zufriedenheit der zahlreich erschienenen Mitglieder. Wie der allgemeine Verlauf, der den Ausführungen folgte, bewies. — Der dritte Punkt: Verdienstprüfung betr. Anstellung eines Kreisbeamten, rief eine ziemlich lebhaftige Debatte hervor. Allseitig wurde anerkannt, daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer unhaltbar sei, da durch die Tätigkeit des Kollegen A l t w a t e r auf dem Rathaus, in seiner Eigenschaft als Bürgerausschußmitglied, ziemlich viel Zeit, die früher für Bureau usw. Zwecke verwendet werden konnte, nunmehr fehle. Auch die Agitation, sowie die Bedienung der Presse sollte intensiver betrieben werden. Kollege A l t w a t e r konnte, weil durch Krankheit verhindert, in der Versammlung nicht anwesend sein und wurde deshalb ein von A l t w a t e r an die Versammlung gerichteter Brief, in welcher die Gründe, die zur Anstellung eines Beamten führen, verlesen. Einstimmig erklärten sich die Kollegen denn auch damit einverstanden, indem folgende Resolution zum Beschluß erhoben wurde: „Die Filiale Stuttgart des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt am 1. August d. J. einen Lokalvorstand an, und zwar zu den für die Hilfsarbeiter des Hauptvorstandes festgesetzten Bedingungen. Die Bewerber haben bis spätestens 15. Juni ihre diesbezüglichen Gesuche mit einer Arbeit über: „Die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten“ an den Vorsitzenden, Kollegen Rudolf, einzureichen. Die Bewerber müssen dem Verbandsrat der Gemeindearbeiter angehören und außerdem auch politisch organisiert sein. Zur Deckung der Unkosten, welche durch Schaffung des Postens entstehen, wird am 1. Januar 1908 ein wochenl. Lokalzuschlag von 5 Pf. erhoben. Mit dem 1. Januar 1908 ist jedoch eine Sterbunterstützung für Frauen und 40 Pf. für die Mitglieder einzuführen, und zwar soll für eine Frau 20 Pf. und für ein Kind 10 Pf. Unterstüzung bezahlt werden.“

Dem Vorstand ist von Vorstehendem Kenntnis zu geben, bezw. um Genehmigung zur Erhebung der Extrasteuer nachzusuchen." Die Abrechnung vom 1. Quartal 1905, welche vervielfältigt vorlag, gab zu Erinnerungen keinen Anlaß und wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Zu bemerken ist dabei nur, daß sich im verfloffenen Quartal das Totalvermögen durch die außerordentlich hohe Ausgabe von 904,40 Mk. für Krankenunterstützung um 622,54 Mk. verringert hat. Diese Ausgabe fällt jedoch zum größten Teile jetzt durch die seit 1. April 1907 gewährte Bezahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld weg. — Unter Verschiedenem wurde, nach Erledigung diverser Beschwerden, noch die Mitteilung gemacht, daß am 16. Juni der diesjährige Ausflug stattfindet, und zwar nach Kreuzenstadt und von dort zu Fuß auf den Kniebis. Die Kollegen sind dazu eingeladen. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

15 Jahre Entwicklung der gewerkschaftlichen Zentralverbände. Die Generalkommission versendet oben an die Zentralverbände zur Information und auch zur Verwendung bei der Agitation ein umfangreiches Tabellenwerk, in welchem die Entwicklung der zentralisierten Gewerkschaften seit dem Jahre 1890 veranschaulicht wird. Danach haben sich die Zentralverbände von 1890 bis zum Jahre 1905 um zwei auf 64 vermehrt. Inzwischen haben sich aber eine Reihe Verbände aufgelöst oder sie sind in andere verwandte Berufsorganisationen übergegangen; es sind das die Verbände der Raffineure, Köchner, Holz- hilfsarbeiter, Holzarbeiter, Flößer, Storbmacher, Bergarbeiter Sachsens, süddeutschen Müller, Seiler, Puffenmacher, Drechsler, Stellmacher, Tischler, Plätterinnen, Bergarbeiter im Saarrevier, Zentralverein der Frauen, Posamentierer, selbständigen Barbier, Fabrikarbeiter, Ziegler, Rüstfingerringmacher, Lohgerber, Weißgerber, Schlosser, Maler in Bayern, Mechaniker und süddeutschen Zimmerer. In den 15 Jahren ist die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 277 659 auf 1 344 803 gestiegen. Einige Gewerkschaften haben für die Jahre von 1891 bis 1897 der Generalkommission noch keine Angaben über ihre Massenverhältnisse gemacht. Nach den Berichten aber von 55 Gewerkschaften stiegen die Einnahmen in der Zeit von 1890 bis 1905 von 1 116 588 Mk. (pro Kopf der Mitglieder 6,68 Mk.) auf 27 512 257 Mk. (pro Kopf 20,68 Mk.) und die Ausgaben von 1 606 534 Mk. (pro Kopf 9,62 Mk.) auf 25 024 234 Mk. (pro Kopf 18,61 Mk.). Der Vermögensbestand jedoch stieg von 127 058 Mk. (pro Kopf 2,56 Mk.) auf 19 635 850 Mk. (pro Kopf 14,60 Mk.). In sämtlichen Industriegruppen wurden von 1890 bis 1905 insgesamt 11 370 Streiks und Ausperrungen durchgeführt, woran 1 401 283 Personen oder 23,92 Proz. der Beschäftigten beteiligt waren. Für die einzelnen Industriegruppen ergaben sich für Streiks und Ausperrungen folgende Ausgaben: Baumgewerbe 11 511 028 Mk., Metallindustrie 5 050 184 Mk., Holzindustrie 5 651 344 Mk., Bekleidungsindustrie 2 107 541 Mk., Handel, Handels- und Transportgewerbe 2 116 817 Mk., graphische Gewerbe und Papierindustrie 2 114 066 Mk., Nahrungs- und Genussmittelindustrie 1 405 052 Mk., keramische Gewerbe 1 353 842 Mk., Lederindustrie 575 174 Mk., Pergament 1 200 613 Mk., Textilindustrie 2 606 633 Mk., Fabrikarbeiter 1 071 126 Mk., Gärtner 25 506 Mk., Barbier 685 Mk., Gemeindegewerbe 6349 Mk., Gastwirtschaften 1887 Mk. und Zivildienstleistungen 457 Mk. Nach diesen Angaben wurden für Streiks und Ausperrungen insgesamt 37 052 794 Mk. ausgegeben.

Gewerkschaftskongresse fanden während der Winterwoche in erheblicher Anzahl statt. Wir können schon aus technischen Gründen leider nicht auf alle wichtigen Einzelheiten dieser Tagungen eingehen, müssen uns vielmehr auf die nachfolgende kurze Registerung beschränken. Doch ist die große Mehrzahl dieser Kongresse ausführlicher in der täglich erscheinenden Arbeiter- presse behandelt. — Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hielt in München den 8. Verbandstag ab. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1906 335 075 Mitglieder. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder auf 60 Pf. pro Woche erhöht. — Die Transportarbeiter tagten in Berlin. Bei ihnen spielten u. a. auch die leidigen Grenzreitigkeiten mit den Bauernarbeitern eine ziemlich große Rolle. Der Mitgliederbestand stieg von 40 195 in 1904 auf 81 781 Ende 1906. — Es tagten ferner die Töpfer und Handschuhmacher in Berlin, die Kühlenarbeiter in Mainz. — Die Lagerhalter hielten ihren Verbandstag in Leipzig ab. Der Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Zentralverband der Konsumvereine ist noch in der Schwebe. — Die Schirmmacher hatten einen außerordentlichen Verbandstag infolge innerer Zwistigkeiten. Dem Antrag, sich dem Holzarbeiterverband anzuschließen, wurde im Prinzip zugestimmt. — Auf dem Verbandstag der süddeutschen Eisenbahner in Nürnberg wurde die Festsetzung von Minimalsalarien gefordert. Diese sollen betragen für Hilfsarbeiter 3,50 Mk., für qualifizierte Arbeiter 4 Mk. pro Tag, auch die Gewährung eines jährlichen Urlaubes von 3 bis 11 Tagen je nach der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses wurde verlangt. Gegen den Erlaß des preussischen Eisenbahnministers, wonach die Eisen-

bahnarbeiter in Elßah-Lothringen sich nicht an der Organisation beteiligen dürfen, wurde energisch protestiert, ebenso soll Protest erhoben werden, wenn der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in ähnlicher Fassung wieder eingebracht wird.

Nur in einem gewissen Abstand kann man von dem Verbandstag der Gewerksvereine berichten. Nach den vielversprechenden Hoffnungen der rheinisch-westfälischen Oppositionsgruppen war mindestens eine umwälzende Aenderung zu erwarten. Wir hatten schon in einer früheren Nummer diese Umwandlung bezweifelt. In der Tat ist man aus der bisherigen Dalibheit nicht herausgekommen. Wohl wurde der bisherige Redakteur Goldschmidt wegen seiner klauen Haltung gehörig angegriffen, schließlich wählte man ihn aber doch hinter verschlossenen Türen zum Vorstehenden an Stelle des verstorbenen Verbandsanwalts Dr. R. Hirsch. Als Vertreter beim Reichsversicherungsamt wurde der durch seine der-übte Taktik gegen den Metallarbeiterverband interessant gewordene Erle-venz-Dusseldorf gewählt. Ob man dadurch den Führer der Opposition mundtot machen wollte? Jedenfalls gestehen jetzt auch die Freunde der Gewerksvereinsbewegung in der „Hilfe“ usw. ein, daß nichts durchgreifendes beschlossen ist. Es wird eben lustig weiter „gewürfelt“.

Die gelben Gewerkschaften gaben sich in Hamburg ein Rendezvous. Diese sogenannten „nationalen Arbeitervereine“ organisieren den Streikbruch und sind die Schutztruppen des Unternehmertums. Der Reichskanzler sandte diesen „Brüdern“ ein Glückwunschkgramm. Das ist recht lehrreich und bezeichnend, wenn auch nicht gerade verwunderlich.

Die Kämpfe der Bauarbeiter um die Verkürzung der Arbeitszeit dauern fort. Durch Eintritt der Winter in den Streit ist die Kampfessront neuerdings verstärkt worden. — Die Berliner Bäcker sind seit 24. Mai im Streit, nachdem alle Verhandlungsversuche an der Dickschichtigkeit der Herren Meister scheiterte. Der seitens der Berliner Bevölkerung einsetzende Boykott der nichtbewilligenden Bäckermeister hat schon recht gute Früchte getragen. Ein Versuch, den bewilligenden Meistern den Besetzungs abzuschneiden, wurde durch Besetzung seitens des Verbandes vereitelt. Dagegen droht als neues Hindernis die Anordnung der Polizei, die Bewilligungsplakate zu entfernen. Diese sicher ungeschickliche Maßnahme kann wohl am wirksamsten durch strikte Beachtung der im „Vorwärts“ veröffentlichten Liste seitens der Arbeiter bekämpft werden. — Die Seeleute sind in Hamburg, Bremen und Bremerhaven in den Ausstand getreten. Seitens der Schiffsewerder wird namentlich in fremden Häfen — zu den niedrigsten Verleumdungen gegriffen. So sollte der Verbandsvorsteher P. Müller mit dem Verbandsvorstand durchgebrannt sein. Gen. Müller erklärt in der Arbeiterpresse eine Erklärung, wonach er die Urheber dieser Verleumdung gerichtlich zur Verantwortung ziehen wird.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Stuttgart sieht sich gleichfalls genötigt, gegen die falsche Behauptung Verantwortung einzulösen, als habe der Vorstand sich verpflichtet, bei Ablauf des abgelaufenen Tarifes keine neuen Forderungen in Bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnhöhung zu stellen. Davon ist kein Wort wahr. Die Unternehmer versuchen wohl, solche Behauptung einzufügen, wurden aber kategorisch abgewiesen.

Rundschau.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung kann ihren Mergel über das Referat Leonis auf dem evangelisch-sozialen Kongress nicht vertreiben und verzapft ihre reaktionäre Weisheit in einem längeren Artikel „Die Städte als Arbeitgeber“ in Nr. 23. Anstatt den allerdings vergeblichen Versuch zu machen, die Ausführenden Leonis zu widerlegen, verschiebt sie sich zu nachstehenden Redomontaden: „Weit schlimmer ist es, daß jenes von Dr. Leonis geforderte Verfahren eine ständige und unerlöschliche Quelle der Unzufriedenheit unter den Arbeitern bilden muß. Glaubt denn Dr. Leonis, daß die in der Privatindustrie beschäftigten Arbeiter es ruhig und geduldig mit ansehen werden, wie ihre städtischen Kollegen gehänselt und gestalkt werden? Sollen sie schließlich werden sie hinsichtlich der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes zu gleichen Bedingungen zu gelangen suchen, und da also, nach dem Straßburger Meßpl. die Stadt immer um eine Pfenniglänge der Industrie voranblühen muß, so ist eine Schraube ohne Ende geschaffen, die der Privatindustrie ebenso wie der Stadtverwaltung lastig und gefährlich werden muß. . . Erwidert man, daß leider die Sozialdemokratisierung der städtischen Gemeindevetretungen immer weitere Fortschritte macht, und daß daher der Boden für die Straßburger Ideen mehr und mehr vorbereitet wird, so kann man die Gefahr erweisen, die in dieser einseitigen, hyperfunktionalistischen Bevorzugung der städtischen Arbeiter liegt. Da außerdem der Umkreis der in städtischer Verwaltung befindlichen Betriebe nach Qualität und Quantität gleichmäßig wächst, entsteht hier der Privatindustrie auf wirtschaftlichem und auf sozialem Gebiet eine Konkurrenz, gegen die beizutreten energisch

Front gemacht werden muß, wenn nicht die Privatindustrie einen empfindlichen Schaden leiden soll, einen Schaden, der natürlich infolge der alsbald verminderten Steuerkraft auch den städtischen Verwaltungen selbst bald fühlbar werden und ihnen das Verichte ihrer Politik zu Gemüte führen muß. Dann freilich wird es zu spät sein, um den angerichteten Schaden gut zu machen. Die schöne Stadt Straßburg hat dem deutschen Volke auf vielen hohen und weniger hohen Gebieten schon manche herrliche Gabe besichert, aber wenn die Straßburger Räte nach Dr. Leonidens Rezept von allen deutschen Städten in gleicher Weise zubereitet wird, so dürfte es ein Gericht geben, das der ganzen Industrie schwer im Magen liegen wird. — Diese „Kastete“ der „Arbeitgeber-Zeitung“ weigert wieder einmal so recht das „soziale Verständnis“ des Unternehmertums. Für alle Kollegen aber ergibt sich hieraus die dringende Notwendigkeit, auf der Wacht zu stehen und den minderehenden Einflüssen der Privatunternehmer durch erhöhte Organisationsarbeit zu begegnen. Die obigen Ausführungen der „Arbeitgeber-Zeitung“ bilden heute leider noch sehr häufig die Annäherung zahlreicher Stadtverwaltungen und Gemeindevorsteher. Wir werden daher dem ungeladenen sozialen Verständnis durch verstärkte Nachtentfaltung begegnen müssen!

Unsere Stuttgarter Kollegen haben Ende April bis Anfang Mai ein ganze Reihe Forderungen durch ihre Arbeiterausschüsse eingereicht. So verlangen die Elektrizitätsarbeiter von Stuttgart, Cannstatt und Untertürkheim eine Verringerung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden inklusive zweier 15-minütiger Essenspausen; für Sonntagsarbeit über 4½ Stunden soll der volle Tagelohn bezahlt werden. — Die Mützlich des Reinigungsamtes verlangen die 10-tägige Arbeitszeit und Fortfall der Mauten von 36 Mk. — Die Schichtarbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke verlangen 50 Proz. Zuschlag für Feiertags- und Heberarbeiten. — Sämtliche Arbeiter mit Ausnahme der Schichtarbeiter fordern eine 1½-tägige Mittagspause und 50 Pf. Lohnzulage pro Tag Entfernungszulage. — Ferner wird unterm 22. April eine Abänderung des Statuts über die Alters- und Invalidenversicherung der städtischen Arbeiter verlangt. — Die bei den Straßenwalzen beschäftigten Arbeiter fordern wasserdichte Kleidung. — Die Krustkolonne beim Reinigungsamt wünscht eine anderweitige Beschäftigung der Arbeitszeit. — Wie wir aus den Zeitungen ersehen, hat unser Kollege Altvater sich in den Gemeinderatsungen bereits nach Mauten unserer Sache angenommen. Mögen die aufgestellten Forderungen von Erfolg begleitet sein!

In einem Jahresüberblick über sämtliche Zentralverbände bemerkt das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommision u. a., nachdem es die Schwere unserer Positionen gerühmt: „Die Stellung des Gemeindefacharbeiterverbandes innerhalb der Gewerkschaftsbewegung hat sich im letzten Jahre merklich verbessert. Die leidige Frage der Organisationsfragen, die durch die Praxis der früheren Leitung des Verbandes, den Verband zu einer Betriebsorganisation im weitesten Sinne des Wortes auszudehnen, entstanden, brachte diesen mit einer Reihe Berufsorganisationen in Konflikt. Der vorjährige Verbandstag dokumentierte, daß der Verband auf dem Boden unserer Gewerkschaften arbeiten will und demgemäß das friedliche Zusammenwirken mit ihnen wünscht. Die neue Verbandleitung hat, soweit der Zentralvorstand in Betracht kommt, zweifellos versucht, sich in diesem Sinne zu betätigen, was ja auch durch inzwischen abgeschlossene Kartellverträge bestätigt wird.“

Die Stadt Berlin plant die Anlage eines neuen Wasserwerkes, sowohl im Osten in der Wahlbeide als auch im Norden bei Tegeler. Gegenwärtig werden auf Veranlassung des Magistrats Tiefbohrungen nach Trinkwasser in dem bei Teagelort gelegenen, zum Gemeindebesitz gehörigen Waldgebiet ausgetrieben. Die an der gegenüber gelegenen Seite des Teagelers Sees befindlichen Wasserwerksanlagen der Stadt Berlin werden in absehbarer Zeit nicht ausreichen, und es sollen daher auch dort, wie bei Friedrichshagen, in weiterer Entfernung von der Reichshauptstadt neue Quellen zur Wasserversorgung erschlossen werden.

Die schwarzen Listen und die Stadtverwaltung. Der „Vorwärts“ schreibt: „Die hiesigen Bauarbeiter sind im Lohnkampf begriffen. Einige Ausständige fragten beim Stadt-Kamant um Arbeit nach. Als auf die Frage, ob sie streikende Bauarbeiter seien, eine bejahende Antwort erfolgte, sagte der diensthabende Ingenieur: „Dann können wir Sie nicht einstellen, wir dürfen das nicht.“ Einer der Arbeiter, der vermutete, daß die Stadtverwaltung die vom Arbeitgeberverbande verlangte schwarze Liste angenommen habe, meinte: „Ich stehe doch nicht in der schwarzen Liste.“ Darauf holte der Kamant ein Altemplar hervor, schlug es auf und erklärte: „Sowohl Sie stehen drum, wir dürfen Sie daher nicht aufnehmen.“ Darauf verfuhr der Berufsbeamte des städtischen Bauhandwerkerverbandes beim Oberbürgermeister vorstellig zu werden. Nach längerem Hin und Her erhielt er schließlich von dem zuständigen Beigeordneten den Bescheid, daß die Bewilligung in der Sache nichts tun könne; die Annahme der schwarzen Liste sei im Einvernehmen mit den maßgebenden Personen erfolgt; daran sei nichts zu ändern und die Stadtverwaltung sehr

sich außerstande, Streikende einzustellen!“ Ob das den „Christlichen“ nicht doch zu denken geben sollte und sie zur abgeschlossenen Abwehr solcher Ungeheuerlichkeiten veranlassen müßte?

Die Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni dieses Jahres wird auch der Arbeiterversicherung nutzbar gemacht werden. In der Haushaltungsliste, die von allen Haushaltungsvorständen auszufüllen ist, wird nach den Personen gefragt, die gegen Invalidität reichsgesetzlich versichert sind. Bisher konnte die Zahl der Versicherten immer nur schätzungsweise ermittelt werden. Weiter wird festgestellt, wer eine Invaliden- oder Unfallrente bezieht und in welchem Beruf die Invalidität oder der Unfall eingetreten ist. Auf diese Weise wird die Invaliditäts- und Unfallgefahr der einzelnen Berufe erkannt. Für die finanzielle Sicherung der Versicherten ist dies von größter Bedeutung, um die Beiträge zur Invalidenversicherung richtig zu bemessen, die zum 1. Januar 1910 neu zu regeln sind. Ferner werden die Witwen und die Waisen gezählt. Von den Witwen wird zugleich eine Angabe über den Beruf des verstorbenen Ehemannes und von den Waisen über den Beruf des verstorbenen Vaters sowie darüber verlangt, ob auch die Mutter tot ist. Mittels dieser Nachweise wird sich ein Heberblick über die Witwen und Waisen der einzelnen Berufsstände gewinnen lassen, der für die Vorbereitung einer W- u. v. und Waisenversicherung von größter Bedeutung ist.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefachwissen. Herausgeber: Dr. Albert Eudelum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Einbeustraße 69. Nr. 22 u. 23. Vierteljährlich nur 2,50 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 35 u. 36 des 25. Jahrg. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 12 des 17. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk.

Die Neue Gesellschaft. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin W. 15, Meinelstr. 5. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk., 3. Jahrgang, Heft 10 und 11.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 12. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München, Zenzelstr. 4. Nr. 12. Preis pro Nummer 10 Pf.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Verlag: Georg Meiner. Nr. 16 und 17 des 10. Jahrgangs.

Zusammenhang und Kaufmannsgericht. Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag: Georg Meiner, Berlin. Nr. 10 des 12. Jahrgangs.

Arbeit und Trunk. Vortrag gehalten von John Burns, Parlamentsmitglied und Präsident der Local Government Board, Heberfest von G. Wilder. Verlag: Brüder Eufischky, Wien X, Kegelplatz 4. Preis 40 Pf.

Wie wird man Abstinenz? Eine kleine Schrift für denkende Arbeiter von Josef Maur Kowalski. 24 Seiten 8°. Preis 10 Pf. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Johannes Michaelis, Berlin S. 42, Luisenlher 55.

Totenliste des Verbandes.

Otto Kettlschlag, Berlin † 30. Mai 1907 im Alter von 28 Jahren.	Hugo Harder, Hamburg † 1. Juni 1907 im Alter von 24 Jahren.
Nicolaus Fischer, Köln a. Rh. † 4. Juni 1907 im Alter von 41 Jahren. Obere ihrem Andenken!	

Wiesbaden.

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet Freitag, den 21. d. Mts., abends 7 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Wellstr. 41, 1. Stod. statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag: **Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart**
Referent: Kollege **Marocke** Frankfurt a. M.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht **Die Stilleitung.**

Verbandsteil.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß mit dem 25. Mai d. J. das Gaubureau Frankfurt a. M. errichtet worden ist. Die Leitung desselben ist einseitig dem Kollegen Richard Karofke, bisher Hilfsarbeiter im Bureau des Hauptvorstandes, übertragen worden. Als Adresse des Gaubureaus gilt: Richard Karofke, Frankfurt a. M., Stolzestr. 13/15 II, Gewerkschaftsbaus Zimmer 22. Da das Gewerkschaftsbaus von drei Straßenseiten aus zugänglich ist, so wolle man die Adressgenau beachten.

Als Hilfsarbeiter fürs Verbandsbureau wurde anstelle Karofkes der Kollege Georg Renner, Dresden gewählt. Der seinerzeit ausgeschriebene Hilfsarbeiterposten fürs Verbandsbureau hat dadurch aber seine Erledigung noch nicht gefunden.

Indem wir diese beiden Beschlüsse des Verbandsvorstandes und Verbandsausschusses bekannt geben, machen wir noch darauf aufmerksam, daß das Gaubureau Magdeburg, aus Mangel an geeigneten Bewerbern um diesen Posten, erst im Juli d. J. besetzt werden kann.

Die Delegiertenwahlen zum internationalen Arbeiter-Kongress und zur internationalen Gemeindefürbeiter-Konferenz.

finden nicht, wie in Nr. 18 der „Gewerkschaft“ mitgeteilt, vom 22. bis 24. Juni statt, sondern in der Zeit vom 29. Juni bis 1. Juli d. J. Die Terminverlegung war erforderlich, weil, durch die vorgeschlagenen Abänderungen der Mandatantenliste, eine Verzögerung in der Aufstellung derselben eintreten und die auf diese Weise bedingte Beschränkung der Zeit für die Vorbereitungen zur Wahl wieder weit gemacht werden mußte. Für die Wahl selbst gilt folgendes

Wahlreglement.

Die Wahlen sind in den Tagen vom 29. Juni bis 1. Juli d. J. zu vollziehen, es darf jedoch nur an einem der drei in Frage kommenden Tage gewählt werden.

Am jedem Mitgliede Gelegenheit zur Ausübung seines Wahlrechtes zu geben, sind die Wahlen nicht in der Mitgliederversammlung, sondern separat in einem speziell anzuberaumenden Wahlakt vorzunehmen. Von der Filialleitung sind entsprechend der Größe und Ausdehnung der Filiale eine Anzahl Wahllokale einzurichten und diese sowohl wie die Wahlzeit den Mitgliedern in der für Bekanntmachungen üblichen Art zur Kenntnis zu geben.

Zur Leitung der Wahl ist für jedes Wahllokal eine Wahlkommission von drei Mann zu bestellen, welche für ordnungsgemäßen Verlauf der Wahl zu sorgen und über die Wahlhandlung ein Wahlprotokoll zu führen hat. Wahlprotokolle und Stimmzettel sind an die Filialleitung abzuliefern, die dieselben an den Verbandsvorstand weiterzufahren hat.

Die Wahl ist geheim und unmittelbar. Auf dem Stimmzettel dürfen nur sechs Namen leserlich sein, die übrigen sind zu durchstreichen. Stimmzettel, die mehr als sechs Namen aufweisen, sind ungültig.

Als Wahllegitimation gilt das Verbandsbuch. Wer länger denn acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, ist nicht wahlberechtigt. Die Legitimation ist durch ein Mitglied der Wahlkommission abzukempeln.

Gewählt für den Kongress sind diejenigen drei Kollegen, welche aus sämtlichen Filialen die meisten Stimmen sowie die absolute Majorität der abgegebenen gültigen Stimmzettel haben. Die drei in der Stimmenzahl nächstfolgenden Mandatanten, die aber auch die absolute Majorität haben müssen, gelten als Delegierte für die Konferenz. Zur

Mandatantenliste.

die wir in Nr. 18 der „Gewerkschaft“ veröffentlichten, sind seitens der Filialen noch folgende Vorschläge gemacht worden: Von Eisenach und Gera der Kollege Berthold Leipzig, Marktsche, Ludwigshafen und Wiesbaden der Kollege Beckmann Mannheim, Breslau der Kollege Rehrlein Breslau und Leipzig die Kollegen Reuter und Schuchardt Leipzig. Seitens der Filiale Berlin ist gegen die Kandidatur des Kollegen Dittmer Einspruch erhoben worden, da er doch Mitglied des Hauptvorstandes sei und als solcher nicht auch Vertreter der Filiale sein könne. An seiner Stelle soll nach einem Beschluß der Filialleitung sowie auch der Filialversammlung vom 5. Juni 1907 der Kollege Wuytch Berlin

kandidieren. Für den krankheitshalber zurückgetretenen Kollegen Schönberg-Damburg hat die Filialleitung Hamburg den Kollegen Bürger-Damburg in Vorschlag gebracht. Die gemeinschaftliche Mandatantenliste für Kongress und Konferenz weist nunmehr folgende Namen auf:

Karl Altwater - Stuttgart
 Heinrich Bürger - Damburg
 Emil Wuytch - Berlin
 Johann Fischer - Dresden
 Heinrich Schäfer - Köln

Franz Seibold - München
 Ernst Berthold - Leipzig
 Richard Sedmann - Mannheim
 Fritz Rehrlein - Breslau
 August Reuter - Leipzig
 Heinrich Schuchardt - Leipzig.

Die Resultate der Wahl sind von den Ortsleitungen bis spätestens 9. Juli d. J. an den Verbandsvorstand einzufahren.

Als 2. Delegierter des Verbandsvorstandes für die Konferenz wurde der Kollege Emil Dittmer - Berlin gewählt.

Abstimmung

Betr. Abänderung des § 11 Abs. 2 des Verbandsstatuts.

Die praktische Durchführung der Ueberrittsbestimmungen, § 11 Abs. 2 des Statuts, hat bekanntlich der Verbandsleitung eine Unmenge von Arbeiten gebracht. Durch die vorgeschriebene Summierung der in anderen Organisationen gezahlten Wochenbeiträge zum Zweck der Feststellung der seitherigen Mitgliedschaft in den fraglichen gewerkschaftlichen Organisationen müssen zurzeit die alten Mitgliedsbücher der übertretenden Kollegen an den Verbandsvorstand gesandt werden. Auf diese Weise erwachsen uns nicht bloß viele Arbeiten, sondern auch recht beträchtliche Postkosten. Diese Regelung ist deshalb für den Verband keineswegs vorteilhaft. Wenn aber im Statut nur gesagt wäre, daß die Mitgliedschaft nach den seither gezahlten Wochenbeiträgen und nicht nach der Auffummierung der Beiträge berechnet wird, so könnte sogleich jeder Abhaltsteller die Umrechnung und Eintragung selbst vornehmen, denn dazu bedürfte er nicht erst einer Statutenversammlung. Wir haben uns deshalb veranlaßt, den Mitgliedern die diesbezügliche vom Verbandsvorstand beschlossene Abänderung des § 11 Abs. 2 zur Abstimmung zu unterbreiten. Gleichzeitig soll im § 11 Abs. 2 ein Hinweis auf die in Frage stehenden Unterstufungen gegeben werden. Der zur Abstimmung vorgelegte § 11 Abs. 2 des Statuts steht rechts und ist mit dem seitherigen Wortlaut auf der linken Seite gegenüber gestellt.

Alte Fassung:

Ihre seitherige Mitgliedschaft wird in der Weise angerechnet, daß die in der bisherigen Organisation geleisteten regelmäßigen Verbandsbeiträge summiert und nach den Säzen des vorliegenden Statuts umgerechnet werden. Eventuelle Vorkaufschüsse kommen nicht in Anrechnung. Die durch die Umrechnung sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt für die im vorliegenden Statut niedergelegten Leistungen des Verbandes in Betracht. Bei Bezug von Unterstufungen wird die Karenzzeit nach der letzten Unterstufungsauszahlung in der früheren Organisation berechnet.

Vorschlag

des Verbands-Vorstandes:
 Ihre seitherige Mitgliedschaft wird in der Weise angerechnet, daß die in der bisherigen Organisation geleistete Zahl der Wochenbeiträge für die im vorliegenden Statut niedergelegten Leistungen des Verbandes in Betracht kommen. Für Unterstufungsauszahlung gemäß § 25 Abs. 3 und für Erwerbslosenunterstützung entsprechend § 28. Bei Bezug von Unterstufungen wird die Karenzzeit nach der letzten Unterstufungsauszahlung in der früheren Organisation berechnet.

Die hier fett gedruckten Stellen zeigen die Umänderung. Abstimmung und Delegiertenwahl sollen gemeinschaftlich vollzogen werden. Die Stimmzettel für die Delegiertenwahlen enthalten deshalb auch den Vermerk:

Für die Abänderung des § 11 Abs. 2 des Statuts.

Wegen die Abänderung des § 11 Abs. 2 des Statuts.

Nichtgewolltes ist zu durchstreichen. Ist von beiden Fragen keine durchsichtige, so ist dieser Teil der Abstimmung als ungültig zu bezeichnen.

Da der vom Verbandsvorstand zur Abstimmung gestellte Antrag eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist, so glauben wir, daß die Kollegen allerorts hierfür plädieren und auch dementsprechend stimmen.

Mit kollegialem Gruß

Der Verbandsvorstand.

J. A. Albin Kobs.